

# Niederösterreich im 19. Jahrhundert



## Band 2 **Gesellschaft und Gemeinschaft** Eine Regionalgeschichte der Moderne

Hrsg. Oliver Kühschelm  
Elisabeth Loinig  
Stefan Eminger  
Willibald Rosner

Sabine Schmitner, Die (Ohn-)Macht der „Mitte“. Zur gesellschaftlichen Position bürgerlicher Schichten in Kleinstädten. In: Oliver Kühschelm, Elisabeth Loinig, Stefan Eminger u. Willibald Rosner (Hrsg.), Niederösterreich im 19. Jahrhundert, Bd. 2: Gesellschaft und Gemeinschaft. Eine Regionalgeschichte der Moderne (St. Pölten 2021) 151–182; <http://doi.org/10.52035/noil.2021.19jh02.06>

Alle Beiträge vorliegender Publikation mit einem entsprechenden Vermerk haben ein externes Begutachtungsverfahren durchlaufen. Auskunft zum Peer-Review-Verfahren (double blind) unter [doi.org/10.52035/noil.2021.19jh.dok](https://doi.org/10.52035/noil.2021.19jh.dok).

Medieninhaber (Verleger und Herausgeber):  
NÖ Institut für Landeskunde  
3109 St. Pölten, Kulturbezirk 4  
Verlagsleitung: Elisabeth Loinig

Land Niederösterreich  
Gruppe Kultur, Wissenschaft und Unterricht  
Abteilung NÖ Landesarchiv und NÖ Landesbibliothek  
NÖ Institut für Landeskunde  
[www.noef.gv.at/landeskunde](http://www.noef.gv.at/landeskunde)

Redaktion und Lektorat: Heidemarie Bachhofer, Tobias E. Hämmerle  
Korrektorat und Register: Claudia Mazanek  
Englisches Korrektorat: John Heath  
Bildredaktion: Heidemarie Bachhofer, Tobias E. Hämmerle  
Bildbearbeitung: Wolfgang Kunerth  
Layout: Martin Spiegelhofer  
Umschlaggestaltung und Farbkonzept: Atelier Renate Stockreiter  
Druck: Gugler GmbH



UW-Nr. 609

Umschlagabbildung: *Viaduct bei Spiess*, kolorierte Tonlithographie von Nicolas-Marie Joseph Chapuy, ca. 1855, Niederösterreichische Landesbibliothek, Topographische Sammlung, 6.985  
Vorsatzblatt: Karl Schober, Handkarte des Erzherzogthumes Oesterreich unter der Enns (Wien 1888), Niederösterreichische Landesbibliothek, Kartensammlung, CI 152 / 1888  
Nachsatzblatt: Franz Raffelsperger, Übersicht der Eilpost-Fahrten von Wien [...] (Wien [1840]), Niederösterreichische Landesbibliothek, Kartensammlung, CII 273

© 2021 NÖ Institut für Landeskunde, St. Pölten  
ISBN 978-3-903127-26-5 (Gesamtpublikation)  
ISBN 978-3-903127-27-2 (Band 1)  
ISBN 978-3-903127-28-9 (Band 2)  
DOI: [doi.org/10.52035/noil.2021.19jho2](https://doi.org/10.52035/noil.2021.19jho2)

Das Werk ist urheberrechtlich geschützt. Die dadurch begründeten Rechte, insbesondere die der Übersetzung, des Nachdruckes, der Entnahme von Abbildungen, der Rundfunk- oder Fernsehsendung, der Wiedergabe auf fotomechanischem oder ähnlichem Wege und der Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen, bleiben, auch bei nur auszugsweiser Verwendung, vorbehalten. Ein Jahr nach Veröffentlichung des gedruckten Buchs wird dieses Werk als Open-Access-Publikation zur Verfügung stehen. Alle Texte inklusive der Grafiken und Tabellen unterliegen der Creative-Commons-Lizenz BY International 4.0 („Namensnennung“), die unter <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/> einzusehen ist. Jede andere als die durch diese Lizenz gewährte Verwendung bedarf der vorherigen schriftlichen Genehmigung des Verlages. Ausgenommen vom Anwendungsbereich dieser Lizenz sind Abbildungen. Die Inhaber\*innen der Rechte sind in der Bildunterschrift genannt und diese Rechte werden auch in der elektronischen Veröffentlichung maßgeblich bleiben.



Sabine Schmitner

## Die (Ohn-)Macht der „Mitte“.

### Zur gesellschaftlichen Position bürgerlicher Schichten in Kleinstädten

**Abstract:** Der Beitrag beschäftigt sich mit den Veränderungen der sozialen, wirtschaftlichen und politischen Lebensumstände niederösterreichischer bürgerlicher Schichten im 19. Jahrhundert. Er knüpft an die Befunde der seit den 1980er Jahren etablierten Forschung zum Bürgertum Niederösterreichs bzw. der Habsburgermonarchie an und stellt in Anlehnung an die „Neue Politikgeschichte“ die Funktion und die Konsequenzen der Idee „Mittelstand“ in den Vordergrund. Anhand reichen statistischen Materials kommen auch die sozioökonomischen Grundlagen bürgerlichen Lebens in einer Zeit des Umbruchs zur Sprache; eines Umbruchs, der einerseits bildungshungrigen und geschäftstüchtigen Bürgerlichen Chancen des Aufstiegs eröffnete, andererseits für das traditionelle Wirtschaftsbürgertum einen Verlust an Status und sozialer Sicherheit bedeutete. Der Beitrag argumentiert die Idee „Mittelstand“ als eine spezifische Wahrnehmung der sozioökonomischen Realität. Sie formte Interpretationen, die in politische Strategien überführt wurden. Dies erlaubte, Vorstellungen einer idealen Gesellschaft zu artikulieren und die Verteilung von gesellschaftlichen Ressourcen im Sinne des „Mittelstandes“ zu beeinflussen.

**The Powerful/Powerless Middle Class. The Social Standing of the Middle Class in Towns.** This chapter focuses on the consequences of social, economic and political change affecting the life circumstances of the Lower Austrian middle classes during the 19<sup>th</sup> century. Connecting to the well-established research field of the bourgeois history of Lower Austria and the Habsburg Monarchy, the article takes up the New Political Sciences' approach of focusing on the political impact of ideas to analyse the function and the consequences of the popular concept of the “middle class”. The economic consequences of liberalism and industrialisation on middle-class livelihoods are also discussed on the basis of rich statistical material. While producing opportunities and wealth for those eager to be educated and making their way in the industrial sector, modern times threatened the social and economic status of the traditionalist petty bourgeoisie. The idea of the “middle class” provided those confused by social and economic change with interpretations and strategies with which to articulate concepts of an ideal society and influence the distribution of resources accordingly.

**Keywords:** political ideas, discourse analysis, inequality, collective identity

[doi.org/10.52035/noil.2021.19jh02.06](https://doi.org/10.52035/noil.2021.19jh02.06)

Veröffentlicht nach externer Begutachtung (doppelblind) / published after external peer review (double blind)

Die sozialen, technischen und wirtschaftlichen Umbrüche, die das lange 19. Jahrhundert prägten, veränderten auch das Selbstverständnis und die Positionierung bürgerlicher Schichten in der Habsburgermonarchie. Mit der deutlich benachteiligten Lohnarbeiterschicht und dem privilegierten Besitz- und Industriebürgertum kristallisierten sich zwei gut identifizierbare Klassen heraus, die zueinander im Gegensatz standen. Dabei war die letztere zwar bürgerlich geprägt, aber nur ein Segment der sozialen Gruppen und Lebenswelten, die das Bürgertum umfasste.<sup>1</sup> Die ökonomischen und sozialen Entwicklungen des 19. Jahrhunderts drängten die lange vorherrschende Bedeutung der ständisch geprägten, traditionellen städtischen Bürgerlichkeit allmählich zurück. Die Akkumulation von Kapital materieller und immaterieller Art, sein strategischer Einsatz auf Märkten in Richtung fortschreitender Expansion gewannen an Relevanz.<sup>2</sup> Dies schuf erhöhte Gestaltungs- und Aufstiegsmöglichkeiten, brachte aber auch einen Verlust an sozialer Sicherheit.

Vor dem Hintergrund einschneidender sozioökonomischer Veränderungen formierten sich Bürgerliche, die sich nicht in den Dualismus von Arbeiterschaft und kapitalistischem Bürgertum einpassen ließen. Dieser bürgerlichen Perspektive zwischen den Polen sozialer Differenzierung bot der Begriff „Mittelstand“ eine Leitperspektive, um die Verteilung von gesellschaftlichen Ressourcen zu diskutieren und Vorstellungen einer idealen Gesellschaft zu artikulieren. Die Idee Mittelstand suggerierte, dass es sich um eine Position handelte, die jenseits der Extreme lag. Wie im Beitrag ausgeführt, ergab sich die Position „Mittelstand“ als Resultat von vielfältigen Diskursen, die sich damit beschäftigten, sozioökonomische Veränderungen zu interpretieren und einzuordnen, und auf deren Steuerung zielten. Der Begriff bildete weniger die tatsächliche Vielfalt „mittelständischer“ Lebenswelten ab, sondern drückte vielmehr politische, ökonomische und soziale Interessen und Wunschvorstellungen aus. Die zu diesen Themen analysierten Debatten finden sich in der niederösterreichischen Lokalpresse und zeigen, dass diese in überregionale politische Diskursfelder eingebunden waren. Dabei stellt sich die Grundfrage, ob es sich lohnt, Etikettierungen wie „Mittelstand“ nachzuspüren, wenn diese doch als Abbild der sozialen Verhältnisse nicht genügen.<sup>3</sup> Der Beitrag hebt im Sinne der seit gut 20

1 Vgl. Saskia SASSEN, *Das Paradox des Nationalen. Territorium, Autorität und Rechte im globalen Zeitalter* (Frankfurt am Main 2008) 166–170.

2 Bei Pierre Bourdieu anknüpfend versteht die Forschung als Kapital nicht nur wirtschaftliche Ressourcen, sondern ebenso soziales und kulturelles „Vermögen“, d. h. ein Netz von Beziehungen, eine durch Schul- und Universitätsabschlüsse verbriefte Bildung, außerdem Verhaltensweisen und Geschmack, die einen als Angehörigen einer bestimmten sozialen Gruppe ausweisen. Vgl. Hans-Peter MÜLLER, Pierre Bourdieu. Eine systematische Einführung (Berlin 2014) 47–57; Pierre BOURDIEU, *Der Tote packt den Lebenden*. Hrsg. Margareta STEINRÜCKE = Schriften zu Politik & Kultur 2 (Hamburg 1997) 102–129 (Kap. Wie eine soziale Klasse entsteht).

3 Vgl. Manfred HETTING u. Richard POHLE (Hrsg.), *Bürgertum. Bilanzen, Perspektiven, Begriffe = Bürgertum NF 18* (Göttingen 2019), v. a. die Beiträge von Manfred Hettling, Clemens Albrecht und Christof Dejung.

Jahren etablierten „Neuen Politikgeschichte“ darauf ab, dass Ideen – wie eben jene vom „Mittelstand“ – politische Prozesse beeinflussen, indem sie neben Deutungsmustern auch Strategien zur Verfügung stellen und Kooperationsmöglichkeiten vorgeben.<sup>4</sup> So geht der Beitrag einerseits der Funktion und den Konsequenzen der Idee „Mittelstand“ nach, er skizziert aber auch die Realitäten hinter der Idee und die sozioökonomischen Grundlagen bürgerlichen Lebens.<sup>5</sup> Es ist das Anliegen, die Wechselwirkungen zwischen Diskursen und sozioökonomischen Realitäten nachzuzeichnen und zu analysieren, auf welche Weise die sozioökonomische Realität wahrgenommen, interpretiert und in politische Strategien überführt wurde. Dies erlaubt ein ausreichendes Verständnis von Veränderungen, mit denen bürgerliche Existenzen im 19. Jahrhundert konfrontiert waren.

### Bürgerliche Schichten – Bürgertumsforschung

In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts widmeten sich grundlegende wissenschaftliche Arbeiten jenen bürgerlichen Gruppen und deren Identitäten, die am deutlichsten aus der traditionellen bürgerlichen Lebensweise herausfielen: den Angestellten. Das mittelständische Bürgertum in Deutschland und Österreich hatte aus selbständigen Handwerkern und Gewerbetreibenden bestanden sowie aus Bildungsbürgertum und Beamten, die über soziale Absicherung und Berufsprestige verfügten. Die 1912 erschienene Dissertation von Emil Lederer beschäftigte sich mit der Lage der Angestellten. Der aus Pilsen [Plzeň] gebürtige Ökonom und Soziologe beobachtete, dass die Angestellten, wie die Arbeiter\*innen, der tayloristisch-fordistischen Arbeitsteilung unterworfen waren. Die Segmentierung von komplexen Produktionsabläufen in kleine Einheiten betraf neben der industriellen Produktion auch die bürokratisch-administrativen Abläufe und machte die Angestellten zu austauschbaren Elementen innerhalb des Betriebes. Lederer verortete diese „neue Mittelschicht“ „zwischen den Klassen“.<sup>6</sup> Sein späterer Assistent Hans Speier ergänzte die messbaren Kriterien der sozialen Schichtung wie Einkommen und Bildung um

- 
- 4 Vgl. Judith GOLDSTEIN u. Robert O. KEOHANE, Ideas and Foreign Policy: An Analytical Framework. In: Judith GOLDSTEIN u. Robert O. KEOHANE (Hrsg.), Ideas and Foreign Policy. Beliefs, Institutions, and Political Change (Ithaca, London 1993) 3–30; Thomas MERGEL, Überlegungen zu einer Kulturgeschichte der Politik. In: Geschichte und Gesellschaft 28 (2002) 574–606; Willibald STEINMETZ u. Heinz-Gerhard HAUPT, The Political as Communicative Space in History: The Bielefeld Approach. In: Willibald STEINMETZ, Heinz-Gerhard HAUPT u. Ingrid GILCHER-HOLTEY (Hrsg.), Writing Political History Today (Frankfurt am Main, New York 2013) 11–33.
  - 5 Vgl. Heinz-Gerhard HAUPT u. Geoffrey GROSSKU, Die Kleinbürger. Eine europäische Sozialgeschichte des 19. Jahrhunderts (München 1998); Simon GUNN, Between Modernity and Backwardness. The Case of the English Middle Class. In: A. Ricardo LOPEZ u. Barbara WEINSTEIN (Hrsg.), The Making of the Middle Class. Toward a Transnational History (Durham 2012) 58–74.
  - 6 Emil LEDERER, Die Privatangestellten in der modernen Wirtschaftsentwicklung (Tübingen 1912).

den Begriff der „sozialen Geltung“. Er wies darauf hin, dass sich bürgerliche Identität wesentlich aus dem sozialen und kulturellen Selbstverständnis speise. Es sei nicht allein die ökonomische Position oder berufliche Stellung, die Bürgerlichkeit erzeuge. Entscheidend sei der Wille, bürgerlich zu sein.<sup>7</sup>

Der Bielefelder Sozialhistoriker Jürgen Kocka nahm in den 1970er Jahren Forschungen zum Bürgertum auf. Auf seine Initiative erschien eine revidierte und erweiterte Fassung eines Werks von Hans Speier, das dieser unter dem Titel *The salaried employee in Modern Society* im New Yorker Exil publiziert hatte, nachdem er Deutschland im September 1933 verlassen hatte.<sup>8</sup> In seinen Forschungen zu den Konstitutionsbedingungen bürgerlicher Existenz beschrieb Kocka eine spezifische kulturelle Praxis und die Abgrenzung zu anderen Schichten wie Adel, Bauern und Arbeiterschaft als wesentlich. Neben einem bürgerlichen Bewusstsein und der Entscheidung für eine bürgerliche Lebensweise betonte Kocka aber auch die Rolle sozioökonomischer Grundbedingungen. Ohne ein Mindestmaß an Bildung und finanzieller Sicherheit sei eine bürgerliche Existenz nicht aufrechtzuerhalten.<sup>9</sup> Kocka stellte die Erforschung des Bürgertums in eine international vergleichende Perspektive, die im 1988 erschienenen dreibändigen Sammelwerk über das *Bürgertum im 19. Jahrhundert* ihren Niederschlag fand.<sup>10</sup>

Der Aufsatz von Hannes Stekl und Ernst Bruckmüller in diesem Werk markierte die beginnende Auseinandersetzung mit der Geschichte des Bürgertums in Österreich.<sup>11</sup> Stekl und Bruckmüller gaben vom Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Universität Wien aus wichtige Impulse für eine breite Erforschung des Bürgertums in der Habsburgermonarchie.<sup>12</sup> Bei ihrer Beschäftigung mit Regionen, die oft noch wenig von Urbanisierung und Industrialisierung überformt waren, fanden bürgerliche Existenzen verstärkte Berücksichtigung. Das Kleinstadtbürgertum, „die regionalen und lokalen Besonderheiten bürgerlicher Formationen“, wur-

7 Vgl. Paul NOLTE, *Die Ordnung der deutschen Gesellschaft. Selbstentwurf und Selbstbeschreibung im 3. Jahrhundert* (München 2000) 104; Sergio BOLOGNA, *Die Zerstörung der Mittelschichten. Thesen zur neuen Selbstständigkeit* (Graz 2006) 117–141.

8 Vgl. BOLOGNA, *Mittelschichten*, 136.

9 Vgl. Jürgen KOCKA, *Bürgertum und Bürgerlichkeit als Probleme der deutschen Geschichte vom späten 18. zum frühen 20. Jahrhundert*. In: Jürgen KOCKA (Hrsg.), *Bürger und Bürgerlichkeit im 19. Jahrhundert* (Göttingen 1987) 21–63, hier 46 f.

10 Vgl. Jürgen KOCKA, *Bürgertum im 19. Jahrhundert. Deutschland im europäischen Vergleich*, 3 Bde. (München 1988).

11 Vgl. Ernst BRUCKMÜLLER u. Hannes STEKL, *Zur Geschichte des Bürgertums in Österreich*. In: KOCKA, *Bürgertum im 19. Jahrhundert* I, 160–192.

12 Hannes STEKL, *Vorwort*. In: Hannes STEKL (Hrsg.), *Kleinstadtbürgertum in Niederösterreich. Horn, Eggenburg und Retz um 1900 = Forschungen zur Landeskunde von Niederösterreich* 27 (Wien 1994) VII; für einen Überblick vgl. auch Oliver KÜHSHELM, *Das Bürgertum in Cisleithanien*. In: Helmut RUMPLER u. Peter URBANITSCH (Hrsg.), *Die Habsburgermonarchie 1848–1918*, Bd. 9: *Soziale Strukturen*, Teilbd. 1: *Von der feudal-agrarischen zur bürgerlich-industriellen Gesellschaft*, Teil 2: *Von der Stände- zur Klassengesellschaft* (Wien 2010) 849–907.

den zu einem Fokus der Forschung zu Österreich sowie anderen Ländern und Regionen auf dem Gebiet der ehemaligen Habsburgermonarchie.<sup>13</sup> Freilich widmeten sich wichtige Arbeiten dem Wiener Bürgertum und vor allem dessen großbürgerlicher Spitze. Anhand einiger niederösterreichischer Städte wurden aber auch die sozialen, kulturellen und ökonomischen Rahmenbedingungen von Bürgerlichkeit jenseits der Metropole untersucht. Eine Pionierstudie erschien 1994 zu den im Wald- und Weinviertel gelegenen Städten Retz, Eggenburg und Horn.<sup>14</sup> Erforscht wurde auch das Bürgertum in Wiener Neustadt,<sup>15</sup> die größte städtische Siedlung Niederösterreichs abseits von Wien, und in dessen im Laufe des 19. Jahrhunderts eingemeindeten Vororten. Zu nennen sind außerdem Arbeiten über Baden und Vöslau, die als Kurorte entlang der Südbahn spezifische Potentiale bürgerlichen (Sommer-)Lebens in der „Provinz“ boten.<sup>16</sup> Bald nach 2000 lief der Schwung der Bürgertumsforschung aus, auch zu Niederösterreich sind keine einschlägigen empirischen Arbeiten mehr erschienen.

Die Aufmerksamkeit für die Verschiedenartigkeit von bürgerlichen Lebensformen speiste sich aus dem Wunsch, über den deutschsprachigen Raum hinaus „Bürgertümer“ und Potentiale von Bürgerlichkeit in der Habsburgermonarchie in den Blick zu nehmen. Gegen eine nationale Verengung des Forschungskonzepts von Bürgertum und Mittelklasse ist in jüngerer Zeit eine Globalgeschichte der Mittelklassen als Perspektive entfaltet worden.<sup>17</sup> Im 19. Jahrhundert differenzierten sich bürgerliche Lebenswelten aus und ließen unterschiedliche bürgerliche Interessenslagen entstehen, die letztlich die bürgerliche Hegemonie schwächten.<sup>18</sup> Bis in das 20. Jahrhundert hinein strebte das Konzept der Bürgerlichkeit nach einer gehobenen, exklusiven sozialen Position, die auf soziales Ansehen, Bildungs- und Aufstiegschancen sowie politische Teilhabe abzielte. Bürgerlichkeit förderte somit einerseits die politische Partizipation, fungierte aber andererseits als Mittel sozialer Ab- und Ausgrenzung. Nach 1918, vor allem aber mit dem stark wachsenden Wohlstand seit

13 Vgl. Peter URBANITSCH u. Hannes STEKL, Einleitung. In: Peter URBANITSCH u. Hannes STEKL (Hrsg.), *Kleinstadtbürgertum in der Habsburgermonarchie 1862–1914 = Bürgertum in der Habsburgermonarchie*, Bd. 9 (Wien, Köln, Weimar 2000) 7–24, hier 10. Die bei Böhlau zwischen 1990 und 2003 erschienenen zehn Bände der Reihe *Bürgertum in der Habsburgermonarchie* versammeln nahezu alle Forscher\*innen und viele wichtige Beiträge, die sich mit dem im Reihentitel benannten Untersuchungsgegenstand beschäftigen.

14 STEKL, *Kleinstadtbürgertum in Niederösterreich*.

15 Sigrid FREISLEBEN, *Wiener Neustadt – „Nach Wien die bedeutendste Stadt im Lande“*. In: URBANITSCH u. STEKL, *Kleinstadtbürgertum in der Habsburgermonarchie*, 421–463, hier 429–431.

16 Elisabeth ULSPERGER, *Baden – eine Kurstadt nahe der Residenz*. In: URBANITSCH u. STEKL, *Kleinstadtbürgertum in der Habsburgermonarchie*, 79–135; Oliver KÜHSCHELM, *Bad Vöslau und seine Bürger, 1850–1914* (Bad Vöslau 1996).

17 Vgl. Christof DEJUNG, *Auf dem Weg zu einer globalen Sozialgeschichte? Neuere Studien zur Globalgeschichte des Bürgertums*. In: *Neue Politische Literatur* 59 (2014) 229–253.

18 Vgl. Hans-Ulrich WEHLER, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 3: *Von der „Deutschen Doppelrevolution“ bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges 1849–1914* (München 1995) 111–139.

den 1960er Jahren, erlangten in Österreich breite Schichten Zugang zu sozialen und politischen Rechten und Chancen. Sie „verbürgerlichten“ gleichsam, während das Bürgertum als klar abgrenzbare Sozialformation verschwand.<sup>19</sup>

### Zu den Konstitutionsbedingungen bürgerlicher Identitäten in Niederösterreich

Niederösterreich wies bis in das frühe 20. Jahrhundert einen geringen Grad an Verstädterung auf. 1910 lebten 54 Prozent der Bevölkerung in Orten mit weniger als 2.000 Einwohner\*innen. Lediglich Wien, St. Pölten und Wiener Neustadt zählten damals mehr als 20.000 Einwohner\*innen.<sup>20</sup> Die Berufsstatistik nach den Ergebnissen der Volkszählung von 1910 wies für Niederösterreich ohne Wien 305.038 Selbstständige, 30.120 Angestellte, 290.959 Arbeiter\*innen und 51.701 Tagelöhner\*innen aus. Von diesen war ein erheblicher Anteil, zumal in den kleinen Ortschaften, abzuziehen, der in der Landwirtschaft tätig war: 118.596 Selbstständige und 1.605 Angestellte.<sup>21</sup> Daten zur Berufsstruktur 1890 zeigen für Niederösterreich ohne Wien, dass insbesondere in den kleinen Ortschaften bis 2.000 Einwohner\*innen der Anteil an Erwerbstätigen in der Landwirtschaft noch hoch war.

Der Ursprung bürgerlicher Lebensweise liegt in der urbanen Kultur der Städte: Städte waren in der Frühen Neuzeit Kumulationspunkte des Kapital- und Warenverkehrs, Stützpunkte von Verteidigung und weitgehend autonom agierende Verwaltungseinheiten. Männer mit Bürgerrecht entwickelten sich zu den traditionellen Verantwortungsträgern des Rechts-, Wirtschafts- und Sozialraums Stadt. Im Zuge der nachlassenden Machtposition des Adels gelangte das Bürgertum im Laufe der Neuzeit in eine mehr oder weniger einflussreiche Position. Zentrales Kriterium für die Aufnahme in den Bürgerverband war der Besitz eines Hauses in der jeweiligen Stadt. Die sozialen Merkmale des Besitzes sowie der räumlichen Zuordenbarkeit waren Grundvoraussetzungen für die Erlangung des Bürgerrechts.<sup>22</sup>

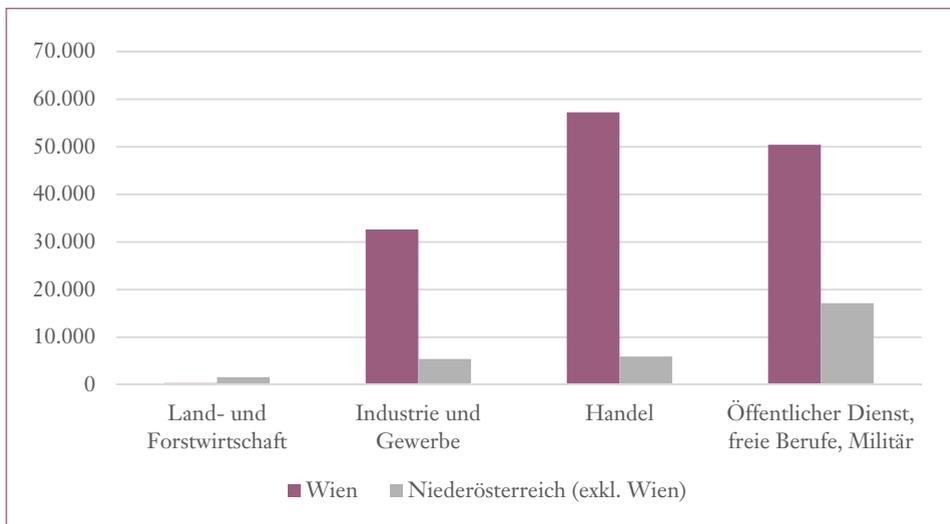
19 Vgl. KÜHSHELM, Das Bürgertum, 906 f. Zu bürgerlichen Inklusions- und Exklusionsstrategien vgl. Robert PFALLER, *Erwachsenensprache. Über ihr Verschwinden aus Politik und Kultur* (Frankfurt am Main 2017) 21–24, 40 f.

20 Ernő DEÁK, Die städtische Entwicklung in der franzisko-josephinischen Epoche. Eine quantitative Untersuchung. In: Erich ZÖLLNER (Hrsg.), *Österreichs Städte und Märkte in ihrer Geschichte* (Wien 1985) 85–112, hier 101; vgl. auch Elisabeth ULSPERGER, Horn, Eggenburg, Retz – Kleinstädte an der Peripherie. In: STEKL, *Kleinstadtbürgertum in Niederösterreich*, 15–40, hier 21.

21 Vgl. Berufsstatistik nach den Ergebnissen der Volkszählung vom 31. Dezember 1910 in Österreich, Heft 2: Niederösterreich = *Österreichische Statistik NF 3/2* (Wien 1914) 62.

22 Vgl. Eberhard ISENMANN, *Die deutsche Stadt im Mittelalter 1150–1550. Stadtgestalt, Recht, Verfassung, Stadregiment, Kirche, Gesellschaft, Wirtschaft* (Wien, Köln, Weimar 2014) 133–139; Franco MORETTI, *The Bourgeois. Between History and Literature* (London, New York 2013) 7–10.

Grafik 1: Berufsgliederung in Niederösterreich und Wien nach Einwohnerzahlen 1890



Quelle: Berufsstatistik nach den Ergebnissen der Volkszählung vom 31. December 1890 in den im Reichsrathe vertretenen Königreichen und Ländern, Heft 2: Niederösterreich = Österreichische Statistik 33/2 (Wien 1894) 152 f.

Das Stadtbürgertum entwickelte sich auch in Niederösterreich tendenziell zu einer Gruppe, die ihren lokal begrenzten Wohlstand und Einfluss gegen Arme, Angehörige der Unterschichten, vor allem gegen neu zuwandernde, sowie gegen den sich formierenden absolutistischen Zentralstaat verteidigte.<sup>23</sup> Die Entscheidung über die Aufnahme in den Bürgerverband oblag dem Rat der jeweiligen Stadt, den bis in das 19. Jahrhundert die ansässigen bürgerlichen Eliten dominierten. So konnte in der alten Waldviertler Stadt Zwettl nur derjenige auf eine Verleihung des Bürgerrechts hoffen, der ein „bürgerliches Haus“ besaß und eine Bürgertaxe entrichten konnte.<sup>24</sup>

Wer nicht in das Bürgertum einer Stadt hineingeboren wurde, fand nur schwer Zugang. Vielversprechend war hingegen eine Kombination aus gehobener beruflicher Position, wirtschaftlichem Erfolg und Einheirat in eine etablierte bürgerliche Familie. So ehelichte etwa der 1788 geborene Johann Nepomuk Trost, Sohn eines Wiener Neustädter Bürgermeisters, 1813 die Witwe jenes Badener Apothekenbesitzers, in dessen „Landschafts-Apotheke“ er 1811 als Verwalter eingetreten war. Trost kaufte das Apothekenhaus, erlangte das Bürgerrecht von Baden und fungierte

23 Vgl. KOCKA, Bürgertum und Bürgerlichkeit, 21–23.

24 Walter PONGRATZ u. Hans HAKALA (Hrsg.), Zwettl, Bd. 1: Die Kuenringerstadt (Zwettl 1980) 91.

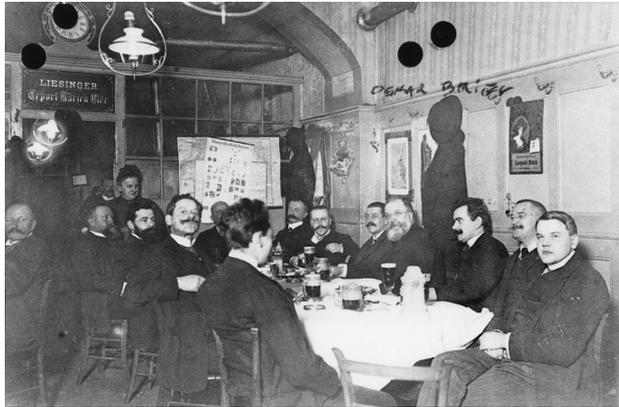


Abbildung 1 und 2: In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts stieg die Bedeutung des öffentlichen Raumes für das soziale Leben des vielfach in Vereinen organisierten Bürgertums. So hielten Vereinsmitglieder ihre Versammlungen oft in Gaststätten ab.

Abbildung 1: Westhälfte des Hauptplatzes mit Hotel und Gasthaus Weisses Rössl, um 1900, Stadtarchiv Wiener Neustadt, Fotosammlung, 100.937.

Abbildung 2: 1859 gründete Wilhelm Briel die Firma Briel als Kupferschmiedwerkstätte. Sein Sohn Oskar Briel (1871–1940) übernahm 1895 das Unternehmen und erweiterte es 1906 durch die Gas- und Wasserleitungskonzession. Beide Männer engagierten sich in der deutschnationalen Bewegung. Stammtischrunde mit Oskar Briel (fünfter von rechts) im Gasthaus Weisses Rössl, um 1910, Stadtarchiv Wiener Neustadt, Fotosammlung, 106.494.

als Nachfolger seines verstorbenen Schwagers ab 1832 bis zu seinem Tod 1866 als Bürgermeister der Stadt.<sup>25</sup>

Die Revolution 1848 leitete das Ende des Feudalismus ein, ohne zunächst die überkommenen sozialen Machtverhältnisse innerhalb der Städte einschneidend zu verändern. Zwar verlor das Bürgerrecht nach 1848 allmählich an Bedeutung, doch die Kriterien für seine Verleihung – dauernde Ansässigkeit, Besitz, direkte Steuerleistung, Bildung – behielten mit der 1850 erlassenen Gemeindeordnung ihre Relevanz. Sie wurden die Voraussetzung für das aktive und passive Wahlrecht auf kommunaler Ebene.<sup>26</sup> Mit dem lokalen Vereinswesen und kulturellen Institutionen wie Museen und Theater entwickelten sich moderne Formen der Vergesellschaftung. Sie dienten Bürgerlichen als zentrale Orte der sozialen Netzbildung und förderten

25 Vgl. Elisabeth ULSPERGER, Modell und Wirklichkeit – Zur kulturellen und politischen Praxis in Kleinstädten. In: STEKL, Kleinstadtbürgertum in Niederösterreich, 41–84, hier 81.

26 Vgl. den Beitrag von Thomas Buchner in Band 1; außerdem Hanno REBHAN, Entwicklung zur Demokratie in Österreich. Verfassung, Kampf um Gleichstellung und Demokratiedebatten in der Habsburgermonarchie (1867–1918) (Marburg 2014) 39 f., 93–96.

die Bildung kleinstädtisch-bürgerlicher Identitäten unter den Vorzeichen moderner Urbanität.<sup>27</sup>

In den 1850ern und 1860ern leiteten wichtige Reformen eine Expansion der mittleren und höheren Bildung innerhalb der Monarchie ein. Die Zahl der Schüler, die Gymnasien und Realschulen besuchten, stieg von 25.630 im Jahr 1851 auf 140.545 im Jahr 1910. Die Zahl der immatrikulierten universitären Studenten versechsfachte sich zwischen dem Winter 1856/57 und dem Winter 1909/10.<sup>28</sup> Diese Entwicklung verlief allerdings nicht gleichmäßig. Hinsichtlich der Dichte an Gymnasien und Realschulen wiesen neben Niederösterreich Schlesien, Böhmen und Mähren die höchsten Werte auf. In diesen von gewerblichem bzw. industriellem Wachstum geprägten Regionen waren die lokalen Behörden an der Gründung neuer Schulen interessiert.<sup>29</sup> Gymnasien befanden sich in der Regel in regionalen Zentren, in Niederösterreich in Krems und Wiener Neustadt, bzw. am Standort von Klöstern, wie im Fall von Melk.<sup>30</sup> In den 1880er Jahren setzten Bemühungen ein, den Zustrom in das mittlere und höhere Bildungssystem, insbesondere der unteren Klassen, zu verringern. Der Zugang zu Gymnasien sollte durch den Ausbau von berufsorientierter Bildung verringert werden. Dies gelang nicht so umfassend wie gewünscht. Einerseits konnte die eingetretene Entwicklung nicht mehr gestoppt werden, andererseits stieg der Bedarf an höher gebildetem Personal.<sup>31</sup> Die Expansion der mittleren wie höheren Bildung kam vorrangig den bürgerlichen Schichten zugute. Zwischen 1860 und 1910 stammten konstant um die 60 Prozent der Studenten der Universität Wien aus dem Professionisten-Bürgertum (Freie Berufe, hohe Offiziere, Ingenieure, Gymnasial- und Realschullehrer, Professoren) sowie dem traditionellen unteren Mittelstand (Landwirte, Gutsverwalter, Handwerker, kleine Händler). Die Anteile des Besitzbürgertums (Grundbesitzer, Fabrikanten, leitende Angestellte) und des neuen Mittelstandes (Volkschullehrer, untergeordnete Angestellte, Unteroffiziere, kleine Gewerbetreibende) stiegen von je knapp über zehn Prozent 1860 auf fast 20 Prozent im Jahr 1910. Die geringste Zahl der Studenten kam aus der Arbeiterschicht, deren Anteil zehn Prozent nie überstieg.<sup>32</sup> Traditionelle Stadtbürger nutzten durchaus die Chancen formaler Bildung und kapitalistischer Wirtschaftsweise. In Baden

---

27 Vgl. Hannes STEKL u. Hans HEISS, Klein- und mittelstädtische Lebenswelten. In: Helmut RUMPLER u. Peter URBANITSCH (Hrsg.), *Die Habsburgermonarchie 1848–1918*, Bd. 9: Soziale Strukturen, Teilbd. 1: Von der feudal-agrarischen zur bürgerlich-industriellen Gesellschaft, Teil 1: Lebens- und Arbeitswelten in der Industriellen Revolution (Wien 2010) 603–614; vgl. auch den Beitrag von Celine Wawruschka zur identitätspolitischen Bedeutung der sozialen Praxis des Sammelns und Ausstellens in den niederösterreichischen Stadtmuseen in diesem Band.

28 Vgl. Gary B. COHEN, *Education and Middle-Class Society in Imperial Austria 1848–1918* (West Lafayette 1996) 55.

29 Vgl. ebd., 68 f.

30 Vgl. ebd., 66.

31 Vgl. ebd., 254.

32 Vgl. ebd., 180 f.

ergänzten Bürger aus alteingesessenen Familien ihren ständischen Status durch moderne Komponenten, indem sie beispielsweise das familiengeführte Gewerbe unternehmerisch ausbauten oder ein Studium absolvierten.<sup>33</sup>

Bürgerliche Frauen teilten, den familienrechtlichen Bestimmungen des Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuches von 1811 entsprechend, den Status ihres Ehemanns.<sup>34</sup> Die für den Status eines Bürgers übliche (kommunal-)politische Berechtigung gehörte allerdings nicht dazu; auch ökonomische Unabhängigkeit, höhere Bildung und eigenständige Lebensführung waren nicht vorgesehen. Im 19. Jahrhundert hatte sich die Vorstellung vom Geschlechterdualismus durchgesetzt, die Frauen und Männern getrennte Einflussphären zuwies und dies mit „natürlichen“ komplementären Eigenschaften der Geschlechter begründete. Die öffentliche Welt war die der Männer, die private Welt die der Frauen. Diese Konzeption des Geschlechterverhältnisses knüpfte an Traditionen der katholischen Kirche an und fand dort auch ihre wortmächtigsten Unterstützer.<sup>35</sup> Frauen stand lediglich karitatives Wirken zu, und es war für sie auch nicht statthaft, selbstbewusst Forderungen zu erheben.<sup>36</sup> Notgedrungen wie aus Überzeugung entzogen sich immer mehr bürgerliche Frauen im 19. Jahrhundert diesen Normen weiblicher Lebensgestaltung und entwickelten ein politisches Bewusstsein.<sup>37</sup> In Haushalten, in denen die Familienerhalter in Gewerbe oder Handel tätig waren, war der Anteil der Frauen über 20 Jahre ohne eigenen Beruf am höchsten. 1890 lag er für Niederösterreich ohne Wien bei 73,7 Prozent für den gewerblichen Sektor und 70,5 Prozent für den Handelssektor.<sup>38</sup> Im Handelssektor waren jedoch auch verhältnismäßig viele Frauen selbstständig tätig: 7.460 weibliche Selbstständige wies Niederösterreich ohne Wien im Handel auf (Männer: 10.044). In der Gruppe Industrie und Gewerbe war der Anteil geringer: 6.024 selbstständige Frauen standen 33.204 Männern gegenüber.<sup>39</sup>

33 Vgl. ULSPERGER, Baden, 91 f.

34 Vgl. zum Folgenden Margret FRIEDRICH (Hrsg.), *Von Bürgern und ihren Frauen = Bürgertum in der Habsburgermonarchie*, Bd. 5 (Wien, Köln, Weimar 1996).

35 Birgitta BADER-ZAAR, *Frauenbewegungen und Frauenwahlrecht*. In: Helmut RUMPLER u. Peter URBANITSCH (Hrsg.), *Die Habsburgermonarchie 1848–1918*, Bd. 8: *Politische Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft*, Teilbd. 1 (Wien 2006) 1005–1027, hier 1007 f.

36 Als beeindruckendes Ego-Dokument einer niederösterreichischen Bürgerstochter vgl. Nikola LANGREITER (Hrsg.), *Tagebuch von Wetti Teuschl (1870–1885) = L'Homme Archiv 4* (Köln, Weimar, Wien 2010).

37 Vgl. Pieter M. JUDSON, *Die unpolitische Bürgerin im politisierenden Verein: zu einigen Paradoxa des bürgerlichen Weltbildes im 19. Jahrhundert*. In: Hannes STEKL, Peter URBANITSCH, Ernst BRUCKMÜLLER u. Hans HEISS (Hrsg.), *„Durch Arbeit, Besitz, Wissen und Gerechtigkeit“ = Bürgertum in der Habsburgermonarchie*, Bd. 2 (Wien, Köln, Weimar 1992) 337–345.

38 Vgl. Michael PAMMER, *Entwicklung und Ungleichheit. Österreich im 19. Jahrhundert = Vierteljahresschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte*, Beihefte 161 (Stuttgart 2002) 61.

39 Vgl. *Berufsstatistik nach den Ergebnissen der Volkszählung vom 31. Dezember 1900 in den im Reichsrat vertretenen Königreichen und Ländern*, Heft 2: *Niederösterreich = Österreichische Statistik 65/2* (Wien 1903) 92.

Die soziale und kulturelle Vormachtstellung bürgerlicher Männer geriet im späten 19. Jahrhundert unter Druck. Umso vehementer wurde sie gegen die Ansprüche nach Teilhabe verteidigt, die etwa nationale Minderheiten, Arbeiterschaft und Frauen erhoben. Die schärferen Konfliktlinien verliefen zwischen den sozialen und nationalen Gruppen. Die bürgerlichen Frauen entdeckten zwar die Politik für sich, verhielten sich aber ihrer sozialen Schicht und Nationalität gegenüber loyaler als Zielen der Frauensolidarität.<sup>40</sup> Die 1839 in Baden geborene Pionierin der bürgerlichen Frauenbewegung, Marianne Hainisch, setzte sich insbesondere für standesgemäße Bildungs- und Erwerbsmöglichkeiten ein:

„Die Erwerbszweige nämlich, welche Ihnen bei ihren geringen Kenntnissen offen stehen, würden sie in der Gesellschaft weit unter ihre männlichen und nicht arbeitenden weiblichen Verwandten und Bekannten stellen [...]. Man will, wie begreiflich, aus dem Kreise der Standesgenossen nicht treten [...].“<sup>41</sup>

Während die bürgerliche Frauenbewegung auf eine Erweiterung der Bildungs- und Erwerbsmöglichkeiten für bürgerliche Frauen drängte, veränderten sich auch die Rahmenbedingungen des Erwerbslebens bürgerlicher Männer. Die Industrialisierung führte zu sozioökonomischen Verschiebungen und spaltete die bürgerlichen Existenzen in solche, die ins Hintertreffen gerieten, und solche, die sich anpassen oder sogar aufsteigen konnten. Manche Handwerker konnten sich auch als Unternehmer neuen Stils positionieren. So gründete der in einer Maschinenfabrik beschäftigte Tischler Franz Burkhard 1852 in Wiener Neustadt eine Drahtstiftenfabrik, für die er eigene Maschinen konstruierte.<sup>42</sup> Andere Handwerker sanken zu Facharbeitern herab und mussten sich dem Arbeitsalltag der Fabriken unterordnen.<sup>43</sup> Erfolgreiche Bürger aus Wirtschaft und Professionen stiegen in soziale Spitzenformationen auf. Der 1875 im böhmischen Maffersdorf [*Vratislavice nad Nisou*] als Sohn eines Spenglers geborene Ferdinand Porsche wirkte von 1906 bis 1923 in den Daimler-Werken in Wiener Neustadt. Er begründete mit seinem Konstruktions-talent Reichtum und Einfluss der Familien Piëch-Porsche.<sup>44</sup>

Der ökonomische Umbruch des 19. Jahrhunderts, seine rechtliche Rahmung sowie Prozesse der Durchstaatlichung veränderten die Sozialstruktur: Im Zuge

40 Vgl. Waltraud HEINDL, Geschlechterbilder und Geschlechterrollen. Ideologie und Realitäten. In: RUMPLER u. URBANITSCH, Die Habsburgermonarchie 9/1/1, 723–743; Anton PELINKA, Die gescheiterte Republik: Kultur und Politik 1918–1938 (Wien 2017) 194–202.

41 Marianne HAINISCH, Zur Frage des Frauen-Unterrichts. Vortrag gehalten bei der dritten General-Versammlung des Wiener Frauen-Erwerbs-Vereines (Wien 1870) 5.

42 Vgl. Sylvia HAHN, Große Hallen – Enge Räume. Handwerk, Industrie und Arbeiterschaft in Wiener Neustadt im 18. und 19. Jahrhundert. In: Sylvia HAHN, Wolfgang MADERTHANER u. Gerald SPRENGNAGEL (Hrsg.), Aufbruch in der Provinz. Niederösterreichische Arbeiter im 19. Jahrhundert (Wien 1989) 7–152, hier 42.

43 Vgl. ebd., 88 f.

44 Vgl. Peter MÜLLER, Ferdinand Porsche. Der Vater des Volkswagens (Graz, Stuttgart 1998).

der Ausweitung industrieller Produktionsweisen kamen neue Berufsfelder auf. De-regulierungen, etwa die Gewerbeordnung von 1859, erleichterten den Zugang zur Gewerbeausübung, bis ihn der zunehmende Gewerbeprotektionismus ab den 1880er Jahren wieder erschwerte. Die Professionalisierung und Akademisierung im Gesundheits- und Rechtswesen führten Ärzte, Anwälte und Notare mit universitären Abschlüssen in die Kleinstädte. Auch die Expansion des Schulwesens und der Aufbau einer modernen Verwaltung auf kommunaler Ebene sowie regional durch Bezirksgerichte und Bezirkshauptmannschaften schufen berufliche Positionen, die ein bürgerliches Leben auf dem flachen Land ermöglichten.

Wenn auch der „Mittelstand“ vom Ausbau der höheren Bildung ab ca. 1850 profitierte und neue Berufsfelder sowie qualifizierte Stellen auf dem flachen Land entstanden, kamen dem traditionellen kleinstädtischen Bürgertum diese Entwicklungen nicht automatisch zugute. Dies verdeutlicht die vom Statistiker Friedrich Leiter ermittelte Verteilung der Einkommen in Österreich anhand der 1898 eingeführten, progressiven Einkommenssteuer, die ab 1.200 Kronen Jahreseinkommen entrichtet werden musste.<sup>45</sup> Während in der Gruppe „Gewerbe und Industrie“, die Kleingewerbe ebenso wie große Industriebetriebe erfasste, Unternehmer überwiegend in der Einkommensstufe 1.200 bis 1.300 Kronen eingereiht waren, fand sich die Mehrzahl der höheren Angestellten in der zweiten Einkommensstufe 2.000 bis 2.400 Kronen.<sup>46</sup> Ebenso verhielt es sich in der Gruppe „Handel“: Die größte Zahl der Selbstständigen versteuerte ein Einkommen von 1.200 bis 1.300 Kronen, die Angestellten „höherer Art“ 2.000 bis 2.400 Kronen.<sup>47</sup> Leiter folgerte:

„Jene Strömung der Mittelstandspolitik, welche das Hauptgewicht auf die Selbstständigkeit legt und in dieser die angenehmere Lebensweise erblickt, vermag sich jedenfalls nicht auf das Argument zu stützen, daß der Unternehmer auch im Kleinhandel ein größeres Einkommen als der Angestellte erreicht. Insoweit die angenehmere Lebensweise von einem besseren Einkommen abhängt, fehlt diese unumgängliche Voraussetzung.“<sup>48</sup>

Der Vergleich mit der Bevölkerungsstatistik zeige zudem, dass im Handel eine große Zahl an Selbstständigen gar kein Einkommen erreichte, das die Steuergrenze von 1.200 Kronen berührte. Sie schienen daher in der Statistik der Steuerpflichtigen gar nicht auf.<sup>49</sup>

45 90 % der Bevölkerung Cisleithaniens verdiente nicht genug, um unter die Einkommenssteuerpflicht zu fallen.

46 Vgl. Friedrich LEITER, Die Verteilung des Einkommens in Österreich. Nach den Ergebnissen der Personaleinkommenssteuer in den Jahren 1898 bis 1904 (Wien 1907) 234.

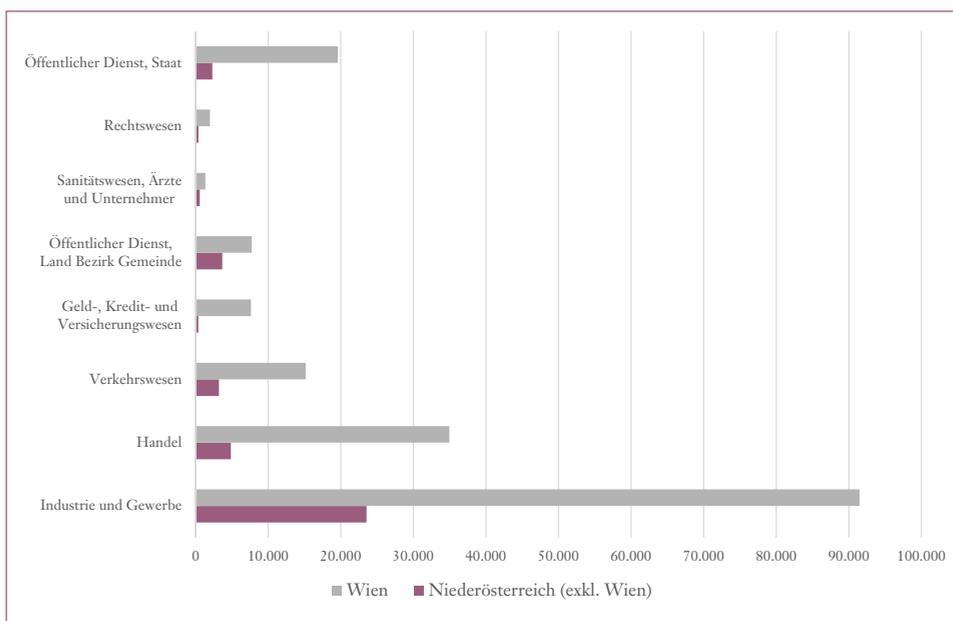
47 Vgl. ebd., 243.

48 Ebd., 244.

49 Vgl. ebd., 243.

Hans Heiss, Hannes Stekl und Peter Urbanitsch haben darauf hingewiesen, dass ein zeitgenössisch als bürgerlich angesehener Lebensstil für eine Familie (eine Wohnung mit mehreren Räumen, Dienstpersonal und bessere Kleidung) um die 2.600 Kronen Jahreseinkommen erforderte.<sup>50</sup> Einen bürgerlichen Lebensstil konnten sich demnach viele Existenzen, die als bürgerlich betrachtet werden können, gar nicht leisten. Höhere Einkommen erzielte man vor allem im industriellen Umfeld, das mit mehr als einem Drittel die größte Zahl an Einkommenssteuerverpflichtigten aufwies.<sup>51</sup> Die Mehrzahl derer, die im Sinne klassischer Bürgerlichkeit selbstständig erwerbstätig war, erzielte also kein solides bürgerliches Einkommen.

Grafik 2: Zahl der Einkommenssteuerverpflichtigen ausgewählter Berufsgruppen in Niederösterreich und Wien



Quelle: Friedrich LEITER, Die Verteilung des Einkommens in Österreich. Nach den Ergebnissen der Personaleinkommenssteuer in den Jahren 1898 bis 1904 (Wien 1907) 210–408.

Mit Ausnahme des Sanitätswesens, wo nur Ärzte und Unternehmer berücksichtigt wurden, gehörten den in Grafik 2 ausgewiesenen Berufsgruppen Selbstständige, höhere Angestellte und Hilfskräfte an. Ein Einkommen von 1.200 bis 2.400 Kronen

50 Vgl. Hans HEISS, Hannes STEKL u. Peter URBANITSCH, Zusammenfassung: Kleinstadt und Bürgertum in Cisleithanien 1862–1914. In: URBANITSCH u. STEKL, Kleinstadtbürgertum, 465–503, hier 469.

51 Vgl. LEITER, Verteilung des Einkommens, 233.

erreichten in der Berufsgruppe Industrie und Gewerbe die Hilfskräfte in fast ebenso großer Zahl wie die Selbstständigen. Das Einkommen dieser Arbeitskräfte (untergeordnete, aber qualifizierte Tätigkeiten, d. h. kleine Angestellte und Facharbeiter)<sup>52</sup> lag durchaus auf der Höhe des Einkommens von kleinen Gewerbetreibenden.<sup>53</sup> Die größte Zahl an Steuerpflichtigen wies Wien auf. 13,35 Prozent der Bevölkerung Wiens führten Personaleinkommenssteuern ab, hingegen nur vier Prozent der Bevölkerung Niederösterreichs ohne Wien.<sup>54</sup>

Obwohl die sozioökonomische Kluft zwischen Wien und den Kleinstädten in der Provinz eine Tatsache war, verfehlt die holzschnittartige Unterscheidung zwischen dem „modernen“ Wien und der rückständigen Provinz die Realitäten. Die wachsende Mobilität erweiterte auch die Handlungsmöglichkeiten derer, die außerhalb Wiens in den Kleinstädten lebten, denn die lokalen Wahrnehmungs- und Erfahrungshorizonte richteten sich zunehmend auf die überregionale Ebene. Es wurden Produkte erworben, die nicht in lokalen Produktionsstätten gefertigt wurden, und es verbreiteten sich Moden, die nicht lokale Tradition ausdrückten. Mitte des 19. Jahrhunderts erreichten diese neuen Horizonte allmählich auch den kleinstädtischen Alltag, unmittelbar begleitet von konservativer Sozial- und Konsumkritik. So stieß sich die Wiener Neustädter Lokalpresse an der höheren Mobilität im Bereich des Konsums: „Wir wissen, das [sic!] Viele in Neustadt z. B. ihre Kleidungsstücke aus Wien beziehen, und sich damit entschuldigen, daß sie hier nicht so schön zu haben sind. [...] Wer daher seine Vaterstadt liebt und ihren Wohlstand und ihre Gedeihen wünscht, der trage auch bei, daß ihr Handel, ihre Industrie blühe und nicht langsam dahin sterbe.“<sup>55</sup> Wenn der Einfluss der Stadtführung auf die Steuerung wirtschaftlicher Kreisläufe auch Vergangenheit war, so sollten eben nun die Bürger\*innen als Konsument\*innen für das Wohlergehen von Wiener Neustadts lokaler Wirtschaft sorgen, damit dieses an erster Stelle blieb!

Mit Sorge betrachteten die lokalen Eliten auch ein weiteres Phänomen der im Industriezeitalter angestiegenen Mobilität: den Zuzug von mittellosen Migrant\*innen, die Arbeitsplätze in der sich entwickelnden Industrie suchten.<sup>56</sup> Die alteingesessenen Stadtbürger versuchten, sich durch die restriktive Anwendung des „Heimatrechtes“ alle Ansprüche des Industrieproletariats auf Armenunterstützung vom Leib zu halten. Das sogenannte Heimatrecht regelte seit dem 16. Jahrhundert das Recht auf Aufenthalt und soziale Versorgung in einer Gemeinde.<sup>57</sup> Bevorzugt

52 Vgl. ebd., 211.

53 Vgl. ebd., 235.

54 Vgl. ebd., 23.

55 Vgl. Lokal-Patriotismus. In: Wiener-Neustädter Lokal-Zeitung 21 (12. März 1864) 1.

56 Vgl. Wolfgang MADERTHANER, Bedenkliche Classen, moralische Ökonomie. In: Michaela MAIER (Hrsg.), 1848. Die vergessene Revolution = Dokumentation des Vereines für Geschichte der Arbeiterbewegung 1/4 (2018) 35–42.

57 Vgl. den Beitrag von Martin Scheutz in Band 1.

war die langjährig ansässige Bevölkerung, während einer großen Zahl an Arbeitskräften in den Industriorten das Heimatrecht und damit eine soziale Absicherung an ihren Aufenthalts- und Arbeitsorten verweigert wurden.<sup>58</sup>

Wirtschaftlich erfolgreiche, gebildete Bürgerliche hatten die besten Chancen, sich in einer Stadt zu etablieren. Zum Ärger der traditionellen, lokal verankerten Wirtschaftselite maßten diese der Stadt nicht mehr automatisch die zentrale Priorität zu, sondern verorteten sich zunehmend in überregionalen Bezugsrahmen. Rund um den Bau des Wiener Neustädter Schlachthofes entspannen sich Diskussionen, die die Kluft zwischen mobilem, deutschnationalem Professionisten-Bürgertum und traditionellem Stadtbürgertum sichtbar werden ließen. So war der ehemalige Stadtrat, Bäckermeister Johann Rau, mit seinem Plan des Schlachthofes ebenso an der deutschnationalen Konkurrenz gescheitert wie der langjährige, liberale Bürgermeister Karl Haberl. Der neue deutschnationale Stadtrat Ing. Julius Anton Schwarz, ein gebürtiger Wiener, der über Karlsbad [*Karlovy Vary*] Mitte der 1880er Jahre nach Wiener Neustadt gekommen war, setzte sich hingegen mit seinem Plan für den Schlachthofbau durch, obwohl dieser mit höheren Kosten verbunden war. In einem offenen Brief attackierte Rau den Zuzügler Schwarz:

„[...] so gestatte ich mir schon zu sagen, daß jeder Bürger, welcher mit seinem Besitze an die Scholle gebunden ist, mit Fug und Recht gewiß eher ein Wort mitzureden hat [...] als ein derzeitiges Stadtrathsmittglied, welcher sich in einer halben Stunde mobil machend, die Stadt jeden Augenblick verlassen kann, ohne sich dann um den verschuldeten Stadtkarren kümmern zu müssen.“<sup>59</sup>

Nach 1867 zerfiel die traditionelle politische Gemeinschaft der Stadtbürger zusehends. Die politische Lagerbildung schritt voran und erfasste auch die Gemeinden. Zunächst kristallisierten sich in einigen Städten kleinbürgerliche Gruppen heraus, die sich gegen das elitäre liberale Bürgertum wandten. Hintergrund war deren liberale Politik, die an den kleinbürgerlichen Lebensumständen oft vorbeiging. In Baden formierte sich die konservative Opposition in den 1870ern aus den ökonomisch und sozial in die Defensive geratenen Kleingewerbetreibenden und Landwirten. Diese wehrten sich gegen die kulturelle und politische Hegemonie des liberalen Bildungsbürgertums, das viel vom „Fortschritt“ sprach, damit aber vorrangig die Bedürfnisse der Kurgäste und die Profitchancen der entstehenden Tourismusindustrie im Auge hatte. Die entstandene konservative politische Bewegung wandte sich ferner gezielt „gegen die Intelligenz“, gab sich also einen antibürgerlichen Anstrich, und lehnte auch die deutschnationale Gesinnung der liberalen Bürgerlichen ab.<sup>60</sup> Im Industrie-

58 Vgl. Sylvia HAHN, Andrea KOMLOSY u. Ilse REITER (Hrsg.), *Ausweisung, Abschiebung, Vertreibung in Europa: 16. bis 20. Jahrhundert = Querschnitte 20* (Innsbruck 2006).

59 Zur Frage des Schlachthaus-Baues siehe *Wf.-Neustädter Bezirksblatt* 9 (2. März 1898) 2.

60 ULSPERGER, Baden, 100–105.

zentrum Wiener Neustadt formierte sich dagegen in den 1860er Jahren die Arbeiterbewegung. Die Arbeiterschicht war von Wohnungsnot, Teuerung lebensnotwendiger Güter und fehlender sozialer Absicherung betroffen. Der Buchbinder Julius Leopold Kinner vertrat zwischen 1870 und 1876 im Gemeinderat die Interessen dieser Menschen. Die Initiative Kinner's führte 1869 zur Gründung der Wiener Neustädter Arbeiter-Bau-Assoziation durch den örtlichen Arbeiterverein, wodurch dringender Wohnraum für die Arbeiterschaft geschaffen wurde.<sup>61</sup> In St. Pölten stellte sich zunächst eine katholisch-konservative Opposition gegen die herrschenden Liberalen, später taten das Christlichsoziale und Sozialdemokraten.<sup>62</sup> Amstetten im Südwesten von Niederösterreich, seit 1850 auch Sitz der Bezirkshauptmannschaft, erlebte einen wirtschaftlichen Aufschwung, als die Kaiserin-Elisabeth-Westbahn 1858 und die Kronprinz-Rudolf-Bahn 1872 eröffnet wurden. Lange Zeit nahmen die Differenzen zwischen konservativen und liberalen Gemeindeausschussmitgliedern keine organisierte Form an und so blieb es bei der bürgerlichen Dominanz in der Gemeindepolitik. Die Sozialdemokraten Amstettens organisierten sich vor allem zwischen 1896 und 1903 durch Versammlungen in Gaststätten und schließlich in Vorfeldorganisationen wie dem 1902 gegründeten Arbeiter-Radfahr-Verein. Die Kleinstadt wies lange Zeit kein politisiertes Vereinswesen auf, wie etwa St. Pölten oder Wiener Neustadt, und so fehlte dieses Bindeglied zwischen Geselligkeit und Parteipolitik, um ideologische Differenzen zuzuspitzen. Erst in den 1890er Jahren polarisierten sich ideologisch und institutionell fundierte Parteilager.<sup>63</sup>

Ende des 19. Jahrhunderts entwickelten sich auch auf dem flachen Land aus den verschiedenen politischen Strömungen die modernen Parteien. Vor allem die Christlichsoziale Partei konnte hier reüssieren und errang so 1896 die Mehrheit im niederösterreichischen Landtag. In den Gemeindevertretungen der Kleinstädte dominierten hingegen deutschliberale bzw. deutschnationale Parteien, mussten jedoch zunehmend um ihre Hegemonie kämpfen.<sup>64</sup>

Die Parteipolitik gehorchte einer überregionalen Logik. Es etablierten sich neue Kollektivformen, die als Vorstellungen von ideologischer bzw. nationaler Gemeinschaft Perspektiven boten, die über das Lokale hinausgingen. Die traditionellen Bin-

61 Vgl. Gertrud GERHARTL, Wiener Neustadt. Geschichte, Kunst, Kultur, Wirtschaft (Wien 1993) 413 f.

62 Vgl. Karl GUTKAS, Das alte St. Pölten (Wien 1991) 7 f.

63 Vgl. Leopoldine PELZL, Amstetten unter den Bürgermeistern des 19. Jahrhunderts = Amstettner Beiträge 1979 (Amstetten 1979) 136–179.

64 Vgl. Hannes STEKL, Stadtbürgertum im Umbruch – Politik und Gesellschaft in Retz am Beginn des 20. Jahrhundert. In: STEKL, Kleinstadtbürgertum in Niederösterreich, 85–94; John W. BOYER, Karl Lueger (1844–1910). Christlichsoziale Politik als Beruf (Wien, Köln, Weimar 2010).

dungen an die katholische Kirche, den habsburgischen Staat und die Stadt blieben aber dennoch von Bedeutung.<sup>65</sup>

### Der „alte Mittelstand“ unter sozioökonomischem Druck 1870–1910

Indem das beginnende Industriezeitalter die ständische Hierarchie zurückdrängte, entstanden mit ihm die neuen sozialen Formationen der Arbeiterschaft und der Kapitalisten. Diese Klassen verkörperten die sozioökonomischen Pole des Industriezeitalters. Lokal verankerte traditionelle Selbstständige, Handwerker und Gewerbetreibende fanden sich in keiner dieser Kategorien wieder. In Reaktion auf die dynamischen Teile der Gesellschaft geriet die soziale und ökonomische Position bzw. die gesellschaftliche Entwicklung der traditionellen Mittelschichten ins Blickfeld. Diskurse, die deren Zwischenposition artikulierten, finden sich nicht zuletzt in der Massenpresse.

Nachdem Zeitungen im 18. Jahrhundert zu einem verbreiteten Medium geworden waren, nahm im 19. Jahrhundert die Zeitungsproduktion weiter zu. Es kam zu einer Ausdifferenzierung der Zeitungslandschaft, auch als Folge einer stärkeren Orientierung an verschiedenen Lesergruppen.<sup>66</sup> In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts entstanden in den niederösterreichischen Städten Lokalzeitungen, wodurch die jeweiligen städtischen Belange Eingang in den öffentlichen Raum der Massenblätter fanden. Die lokalen Medien bieten sich für eine Analyse ideologischer Diskurse zu Bürgerlichkeit an.<sup>67</sup> Die Lokalzeitungen gingen oft auf Initiativen von Privatpersonen, ab den 1870er Jahren auch von (politischen) Vereinen zurück. So gab der Herausgeber des *Korneuburger Wochenblattes*, Franz Kühkopf, 1863 an, dass zwar kein Mangel an Zeitungen bestehe, diese aber oft kostspielig und nicht immer verständlich seien. Die Redaktion des Wochenblattes nahm sich daher programmatisch vor, über das zu berichten, „was in unserem eigenen Kreise vor sich geht und uns näher ist“.<sup>68</sup> Relativ spät, erst im Jahr 1893, erhielt Amstetten mit dem *Amstettner Wochenblatt* eine eigene Lokalzeitung, herausgegeben vom Buchdruckereibesitzer

65 Vgl. Hannes STEKL, Stadtjubiläum und bürgerliche Identität. Wiener Neustadt 1192–1892. In: Österreich in Geschichte und Literatur 47/4 (2003) 194–206.

66 Vgl. Werner FAULSTICH, Medienwandel im Industrie- und Massenzeitalter (1830–1900) (Göttingen 2004) 28 f.

67 Die verwendeten Lokalzeitungen sind: Amstettner Wochenblatt (konservativ), Badener Bezirks-Blatt (liberal), Korneuburger Wochenblatt (konservativ), Die Landpresse (Korneuburg; deutschnational), Wiener Neustädter Anzeiger (konservativ), Wiener Neustädter Lokalzeitung (konservativ), Wiener Neustädter Nachrichten (deutschnational), Wiener Neustädter Zeitung (christlichsozial), Der Unabhängige (Wiener Neustadt; sozialliberal), Wiener Illustrierte Zeitung (Illustrierte), Steinfelder Nachrichten (Zeitung der Wöllersdorfer Munitionsfabrik; konservativ), Mödlinger Zeitung (konservativ), Neues Wiener Tagblatt (konservativ).

68 Vgl. Redaktion, Zweck dieses Blattes. In: Korneuburger Wochenblatt 1/1 (5. Juli 1863) 1.

Adalbert Queiser. Sie war christlich-konservativ geprägt. Die Gründung spiegelte den Aufschwung des Gesellschafts- und Vereinslebens der Stadt wider, der auch das Bedürfnis nach einem medialen Referenzrahmen geweckt hatte.<sup>69</sup>

Das Konzept einer bürgerlichen „Mitte“ ist seit der Antike Teil des europäischen Denkens. Es steht seither unter wechselnden ideologischen Vorzeichen für eine moralische Lebensweise jenseits der Extreme von Armut und Reichtum.<sup>70</sup> Zwischen 1860 und 1919 artikulierten die untersuchten Debatten rund um den Begriff „Mittelstand“ einen wahrgenommenen Verlust an sozialer Stabilität und Gerechtigkeit. Der Begriff kann als Idee dienen, um jene bürgerlichen Lebenswelten zu beschreiben, die zwischen den antagonistischen Klassen von „Kapitalisten“ und „Proletariat“ situiert waren. Solche Begriffe sind zwar durchaus kritisch zu betrachten, versehen sie doch eine sehr heterogene soziale Gruppe mit einem gemeinsamen Etikett. Das kann zu begrifflicher Unschärfe und ideologischer Verzerrung verleiten.<sup>71</sup> Betrachtet man die medial verbreitete Idee „Mittelstand“ aber als Ideenkonglomerat, das Ausdruck von sozialen und politischen Interessenslagen ist, erlaubt sie, die soziale und politische Positionierung bürgerlicher Schichten zu analysieren.<sup>72</sup>

Hinsichtlich der Frage, was denn genau die Funktion der Idee vom „Mittelstand“ sei und inwieweit sie wirksam wurde, bietet die Ideentheorie der Politikwissenschaftler\*innen Judith Goldstein und Robert O. Keohane Analysewerkzeuge. Sie unterscheidet zwischen Weltanschauungen (*world views*), Prinzipien (*principled beliefs*) und Strategien (*causal beliefs*). Weltanschauungen sind wie Weltreligionen umfassende Konzepte, die die Sicht auf die Welt, das Handeln und die Identität von Menschen tief prägen. Prinzipien stellen Zielrichtungen bereit, sie konkretisieren die Weltanschauung – man denke an das normative Konzept der Menschenrechte. Strategien wiederum dienen der Verwirklichung der Prinzipien.<sup>73</sup> Dieser Ansatz erfasst nicht nur die Idee an sich, sondern erlaubt, die Wechselwirkungen zwischen Umwelt und Idee in das Zentrum der Analyse zu stellen.

Ende des 19. Jahrhunderts war das Aufkommen der „Mittelstands“-Idee eine Reaktion auf sozioökonomische Veränderungen. Sie erlangte aber für sich – wie

69 Vgl. PELZL, Amstetten, 136–138.

70 Vgl. Dagmar HILPERT, Wohlfahrtsstaat der Mittelschichten? Sozialpolitik und gesellschaftlicher Wandel in der Bundesrepublik Deutschland (1949–1975) = Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 208 (Göttingen 2012) 11 f.

71 Vgl. Michael MANN, *The Sources of Social Power*, Bd. 2: *The Rise of Classes and Nation-States, 1760–1914* (New York 2012) 546 f.; Jürgen KOCKA, Bürgertum und Bürgerlichkeit als Probleme der deutschen Geschichte vom späten 18. zum frühen 20. Jahrhundert. In: KOCKA, *Bürger und Bürgerlichkeit*, 32–45.

72 Umfassende Diskussion zum Konzept „Mittelstand“ bei NOLTE, *Ordnung der deutschen Gesellschaft*, 58, 73, 114–118; vgl. auch Werner CONZE, „Mittelstand“. In: Otto BRUNNER, Werner CONZE u. Reinhart KOSELLECK (Hrsg.), *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*, Bd. 4 (Stuttgart 1978) 49–82.

73 Vgl. GOLDSTEIN u. KEOHANE, *Ideas and Foreign Policy*, 8–10.

die Analyse zeigt – keinen so großen Einfluss wie im Verbund mit anderen Weltanschauungen. Sie ließ sich gut in deutsch-nationale und christlich-soziale parteipolitische Zusammenhänge einpassen und diente hier mit ihren Prinzipien der bürgerlichen Interessenspolitik.

Der weltanschauliche Hintergrund der „Mittelstands“-Idee war ein traditionales Gesellschaftskonzept. Dies suggeriert bereits die Verwendung des Begriffs „Mittelstand“, der auf die Zeit vor der bürgerlichen Revolution verweist, als es die privilegierten „Stände“ und die „Berufsstände“ gab, und auf eine rechtlich oder durch besondere Privilegien und Merkmale definierte Stellung hindeutet. „Mittelschicht“ ist hingegen ein moderner Begriff, der auf die soziale Schichtung, also sozioökonomische Merkmale wie Einkommen, Bildung und soziales Ansehen, verweist. „Mittelklasse“ nimmt Bezug auf die soziale und politische Position einer sozioökonomisch bestimmbar Gruppe innerhalb der Gesellschaft.

Die „Mittelstands“-Idee, wie sie im 19. Jahrhundert vermehrt aufkam,<sup>74</sup> thematisierte die Folgen der ökonomischen Liberalisierung für den traditionellen Mittelstand. Ein einschneidendes Ereignis, das die Diskussion anregte, war die Weltwirtschaftskrise 1873, welche mit dem Börsencrash im Mai des Jahres in Wien ihren Anfang nahm. Am 1. Juni 1873 konstatierte das *Neue Wiener Tagblatt*: „Die Mißachtung des Mittelstandes hat das Ihrige zu dem Verderben beigetragen. Aber der Mittelstand selber hat als Theil des gesellschaftlichen Organismus am unverdientesten, aber nicht am wenigsten unter der Krise zu leiden.“<sup>75</sup> Die Legitimierung des traditionellen bürgerlichen Status unter modernen Vorzeichen und die Abwehr polarisierender Entwicklungen, die als bedrohlich erlebt wurden, waren kennzeichnend für die „Mittelstands“-Idee. Ein 1911 erscheinender Artikel zur „Mittelstandspolitik“ in der *Mödlinger Zeitung* argumentierte beispielsweise:

„Proletariat und Großkapital, besitzlose Arbeit und arbeitsloser Besitz sind beides Extreme und als solche ungesunde gesellschaftliche Gebilde. [...] Die Aufreibung des Mittelstandes war immer der Anfang zum Verfall. [...] Eine Lösung der sozialen und wirtschaftlichen Probleme unserer Zeit erblicken wir daher in der Inaugurierung einer vernünftigen Mittelstandspolitik, die dem Staate wieder ein zufriedenes Bürgertum gibt, dem Volke innere Har-

---

74 Die Volltextsuche in der Zeitschriftendatenbank ANNO der Österreichischen Nationalbibliothek (<http://anno.onb.ac.at>, 20.2.2020) zeigt, dass der Begriff „Mittelstand“ im 19. Jahrhundert exponentiell häufiger Erwähnung fand: 56 Ergebnisse für den Zeitraum 1766–1815 bzw. 1.605 für den Zeitraum 1816–1865. Ein signifikanter Anstieg erfolgte zunächst ab 1866 und dann wieder ab 1915: 18.590. Selbstverständlich gilt es zu berücksichtigen, dass die Zahl der Printmedien Ende des 18. sowie Anfang des 19. Jahrhunderts noch nicht so groß und deren Verbreitung geringer war – doch dies schränkte auch die Möglichkeiten der Verbreitung von Ideen ein. Die häufigeren Erwähnungen verweisen also nicht nur auf die Relevanz des Themas, sondern auch auf die größere Breitenwirkung.

75 Von Ostern zu Pfingsten. In: Neues Wiener Tagblatt 150 (1. Juli 1873) 1.

monie verleiht und die Geister wieder empfänglich macht für die idealen Ziele des Lebens.“<sup>76</sup>

Mit der Betonung von „wohl erworbenen Rechten“<sup>77</sup> und „vaterländischen Gedanken“<sup>78</sup> schloss die „Mittelstands“-Idee eng an ideologische Grundpfeiler der Habsburgermonarchie an. Dieses überkommene Herrschaftsgefüge löste sich zwar, beginnend mit der Einführung des Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuches im Jahr 1811, wesentlich von seiner feudalen Vergangenheit.<sup>79</sup> Dennoch blieben traditionale Vorstellungen einer hierarchischen Gesellschaft, an deren Spitze die Habsburgerdynastie stand, wirksam.

Die zu Beginn des 20. Jahrhunderts feststellbare starke Bindung der „Mittelstands“-Idee an lokale Traditionen und die ihr innewohnende apolitische Haltung drückten sich im Insistieren auf „innere Harmonie“ aus. Sie spiegelt die unsicheren Aussichten traditioneller Kleinbürger\*innen wider, unter modernen Vorzeichen weiter ihre tradierte soziale Stellung zu wahren und sich dem Bürgertum zugehörig fühlen zu können. Auf dem Spiel bzw. im Wandel stand jene tradierte soziale Hierarchie, die dem Bürgertum zwar nicht den Vorrang, aber eine relativ privilegierte Stellung sicherte. Die „Mittelstands“-Idee war eine konservative Haltung, die auch das Potential hatte, ins Reaktionäre zu kippen, denn sie strebte ein Ende der politischen Konfrontation und der notwendigen Aushandlung von Interessensgegensätzen an. Vielmehr sollten die Menschen „zufrieden“ ihrem Alltag nachgehen und ihre tradierte soziale Stellung akzeptieren. Die dominanten gesellschaftlichen Entwicklungen hin zu Politisierung und Demokratisierung schienen den Vertreter\*innen der „Mittelstands“-Idee nicht erfolgversprechend, denn die bürgerliche Oberschicht gewann ebenso wie die Arbeiterschaft unter den neuen Bedingungen sichtbare Vorteile; erstere aufgrund ihrer einflussreichen Stellung, letztere aufgrund ihrer steigenden Fähigkeit, geeint und organisiert Macht auszuüben.

Die Gesellschaft war von neuer Dynamik erfasst worden. Dies zeigt sich auch, wenn man die Entwicklung des ökonomischen Vermögens betrachtet. Von den 1820er Jahren bis zum Ersten Weltkrieg wuchs die österreichische Wirtschaft in allen Sektoren. Das reale Volkseinkommen verdoppelte sich. Der konstant hohe Gini-Koeffizient,<sup>80</sup> der immer über 0,8 lag, weist aber auf eine ungleiche Verteilung des erwirtschafteten Vermögens hin. Nach der regionalen Verteilung war Niederösterreich die führende Region Cisleithaniens und konnte in der Zeit von 1850 bis

76 Mittelstandspolitik. In: Mödlinger Zeitung 26 (25. November 1911) 2.

77 Ebd., 1.

78 Ebd.

79 Vgl. Pieter M. JUDSON, *Habsburg. Geschichte eines Imperiums, 1740–1918* (München 2017).

80 Die Gini-Skala gibt Auskunft über die Vermögensverteilung von 0 (völlige Gleichheit) bis 1 (maximale Ungleichheit).

um die Jahrhundertwende diesen Status ausbauen.<sup>81</sup> Das zeigte sich unter anderem in der hohen Rate an Zuwander\*innen, aus deren Sicht der erwartbare Gewinn durch eine Migration nach Niederösterreich größer als der Verbleib in der Heimatregion war. Dies galt nicht zuletzt für ländliche Unterschichten, die im wachsenden Industriesektor ihr Auskommen suchten.<sup>82</sup> Der Gini-Koeffizient von Niederösterreich lag mit 0,9 über dem Durchschnitt Cisleithaniens. Dies war eine Folge der wachsenden Bedeutung des gewerblich-industriellen Sektors, der eine weniger egalitäre Verteilung aufwies als der Agrarsektor (0,7). 80 bis 90 Prozent der Ungleichheit an Vermögen waren das Resultat von sozialen Differenzierungen zwischen Berufsgruppen.<sup>83</sup> Während bei Unternehmern, die der oberen Klasse angehörten, die Ungleichheit ein regionales Phänomen war, manifestierte sich Ungleichheit im Fall der Handwerker\*innen und Händler\*innen, die zu den mittleren Klassen gehörten, eher innerhalb der Regionen, d.h. es gab nur geringe Unterschiede in den regionalen Durchschnittsvermögen, aber höhere Unterschiede innerhalb der Regionen.<sup>84</sup> Ein klares Muster der Entwicklung der Vermögensposition war nur bei der Gruppe der Handwerker auszumachen: Diese mussten ab der Mitte des 19. Jahrhunderts eine Verschlechterung hinnehmen.<sup>85</sup> In Niederösterreich war die Ungleichheit zwischen den Durchschnittsvermögen stärker ausgeprägt als in anderen österreichischen Regionen.<sup>86</sup>

Wenn auch die idealtypische Unterscheidung zwischen modernem Wien und rückständigen Provinzstädten nicht den Realitäten entsprach, zog es wohlhabende und gebildete Bürgerliche dennoch tendenziell nach Wien. Dort fanden sich qualifizierte, gut bezahlte Angestelltenstellen, dort hatten die obersten Behörden ihren Sitz. Die Hauptstadt lockte mit ihrem prächtigen wie modernen Stadtbild und mit einem vielfältigen kulturellen Leben. Die hohe Konzentration der Personaleinkommenssteuerpflichtigen in Wien erklärt sich auch damit, dass die Steuer am Wohnsitz zu entrichten war. Einnahmen aus Industrie und Bergwerken, die außerhalb Wiens erwirtschaftet wurden, waren in Wien zu versteuern, wenn der Steuerträger dort wohnte.<sup>87</sup> Wie Roman Sandgruber darlegt, lebten in Wien 1910 nur sechs Prozent der Bevölkerung der österreichischen Reichshälfte, aber zwei Drittel der Millionäre.<sup>88</sup> Wenn im Rahmen der „Mittelstands“-Idee die Spaltung der Gesellschaft in Reich und Arm kritisiert wurde, hatte das einen realen Kern. Sagenhafter

---

81 Vgl. PAMMER, *Entwicklung und Ungleichheit*, 273–275.

82 Vgl. ebd., 205.

83 Vgl. ebd., 22, 208–210.

84 Vgl. ebd., 219–222.

85 Vgl. ebd., 211.

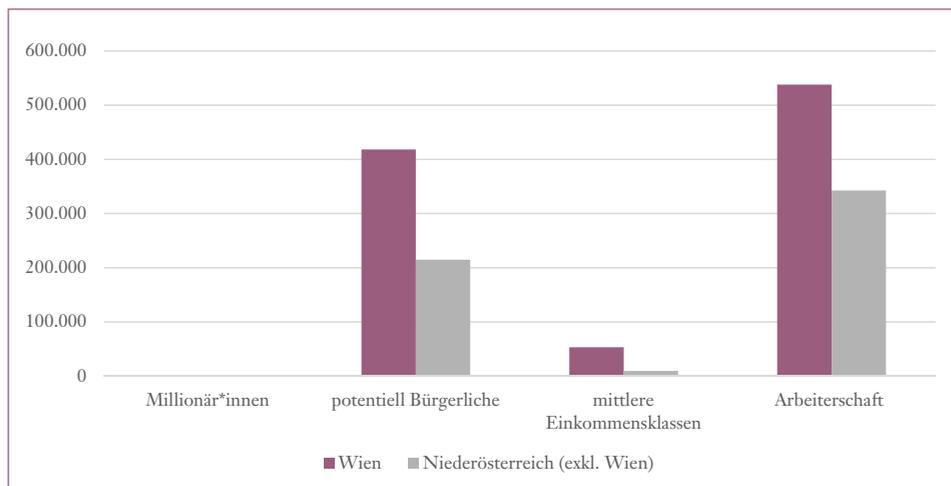
86 Vgl. ebd., 217.

87 Vgl. LEITER, *Verteilung des Einkommens*, 23.

88 Vgl. ROMAN SANDGRUBER, *Traumzeit für Millionäre. Die 929 reichsten Wienerinnen und Wiener im Jahr 1910* (Wien, Graz, Klagenfurt 2013) 16.

Reichtum wie bittere Armut waren in Wien am Vorabend des Ersten Weltkrieges gleichermaßen anzutreffen. Der Oberschicht sicherte ihr Kapital politischen Einfluss, soziale Macht und kulturelle Ausstrahlung; Ärmere und Arbeiter\*innen formierten sich zur protestierenden Masse, die auf der Straße ihren Anteil forderte.<sup>89</sup> Die Berufsstatistik von 1910 für Niederösterreich ohne Wien wies 186.442 Selbstständige und 28.515 Angestellte (nach Abzug der Gruppe Land- und Forstwirtschaft) auf, der 290.959 Arbeiter\*innen und 51.701 Tagelöhner\*innen gegenüberstanden. 214.957 potentiell Bürgerliche standen also 342.660 Arbeiter\*innen bzw. Unterschichtsangehörigen gegenüber.<sup>90</sup> Zieht man, um die „Mitte“ des Bürgertums zu fassen, das Einkommen heran, ergibt sich hinsichtlich der mittleren Einkommensklassen von 2.400 bis 3.600 Kronen sowie 3.600 bis 7.200 Kronen eine Zahl von 9.771 Bürgerlichen in Niederösterreich und von 53.264 Bürgerlichen in Wien.<sup>91</sup> 929 Millionär\*innen wies Niederösterreich mit Wien auf.<sup>92</sup>

Grafik 3: Soziale Gruppen in Niederösterreich und Wien 1910



Die Kategorie potentiell Bürgerliche umfasst Selbstständige und Angestellte unter Abzug der Gruppe Land- und Forstwirtschaft; Arbeiterschaft inklusive der Gruppe Land- und Forstwirtschaft, da die Landarbeiterschaft ein Arbeitskräftereservoir für die Industrie darstellte, und inklusive Tagelöhner\*innen.

Quelle: Roman SANDGRUBER, Traumzeit für Millionäre. Die 929 reichsten Wienerinnen und Wiener im Jahr 1910 (Wien, Graz, Klagenfurt 2013) bezüglich der Millionäre; potentiell Bürgerliche sowie Arbeiterschaft und Tagelöhner nach Österreichische Statistik NF 3/2 (1910) 58, 62; mittlere Einkommensstufen nach LEITER, Verteilung des Einkommens, 233–373.

89 Vgl. ebd., 187–190.

90 Vgl. Österreichische Statistik NF 3/2 (1910) 62.

91 Vgl. LEITER, Verteilung des Einkommens, Erhebung nach Beruf, 233–373.

92 Vgl. SANDGRUBER, Traumzeit für Millionäre, 21.

Die wenigen Reichen waren als Individuen einflussreich, die vielen Arbeiter\*innen waren für sich zwar nicht mächtig, aber als Masse eine Macht. Der Führungsanspruch des „Mittelstandes“ konnte weder durch die Macht einzelner Mitglieder noch durch dessen demographische Stärke überzeugend begründet werden. Er musste mithin auf eine funktionelle Legitimierung zurückgreifen, konkret auf die Verknüpfung des Schicksals des „Mittelstandes“ mit dem Schicksal der Gesellschaft. Fehle der „Mittelstand“, zerfalle die Gesellschaft, lautete die Warnung im *Badener Bezirks-Blatt* 1892: „Der Arme wird zum Aermsten, der Reiche zum Millionär! Es wird nur zwei Menschenklassen geben, die letztere wird von der numerisch ungleich stärkeren ersten Classe zerschmettert werden und das Ende der Gesellschaft ist da!“<sup>93</sup> Zur Bekämpfung der wachsenden sozialen und ökonomischen Ungleichheit forderte die Regionalzeitung staatlichen Schutz, und zwar für das Kleinbürgertum ebenso wie für die Arbeiterschaft: „Wir verlangen keine Einschränkung der Industrie, wohl aber einen Schutz für das Proletariat und den Mittelstand. Der Mittelstand verbinde sich selbst zu einem Ganzen, das Proletariat muss geschützt und gestützt werden.“<sup>94</sup>

Eine strategische Kooperation mit der Arbeiterbewegung war durchaus sinnvoll, denn sowohl der „Mittelstand“ als auch die Arbeiterschaft waren auf staatliche Intervention angewiesen. Die „Mittelstands“-Interessenspolitik setzte ebenso wie die Sozialdemokratie auf Eingriffe des Staates durch Sozial- und Wirtschaftsgesetzgebung, befürwortete die Verantwortlichkeit des Staates hinsichtlich der sozialen Absicherung.<sup>95</sup> Allerdings trennten die beiden Gruppen unterschiedliche Interessen, etwa in Bezug auf die Rechte von Arbeitskräften. So rief etwa der Niederösterreichische Gewerbeverein 1910 zu einer „Demonstrationsversammlung“ im Wiener Rathaus auf, denn „[die] Arbeitgeber sollen der letzten Schutzmittel im Lohnkämpfe beraubt und der organisierten Arbeiterschaft ausgeliefert werden“. Die Kritik zielte auf die sozialpolitische Gesetzgebung im Interesse der Arbeitnehmer\*innen, welche die Abschaffung des Arbeitsbuches, die Aufhebung der Strafbarkeit des Kontraktbruches und die Reform des Koalitionsgesetzes anvisierte.<sup>96</sup> Während sich die Arbeiterschaft organisierte, um mehr Rechte und höhere Löhne zu erlangen, suchten die bürgerlichen Arbeitgeber\*innen ihre hegemoniale Stellung zu behaupten. Die in Korneuburg erscheinende *Landpresse* forderte 1871 im Hinblick auf die schwierige Lage der Kleingewerbetreibenden mehr Bildung und organisiertes Vorgehen: „Wissen ist Reichthum und Einigkeit macht stark.“<sup>97</sup> Rund um die

93 Vgl. Große Pflichten. In: *Badener Bezirks-Blatt* 3 (7. Jänner 1892) 1.

94 Ebd., 2.

95 Vgl. HILPERT, Wohlfahrtsstaat.

96 Eine Demonstrationsversammlung der Gewerbetreibenden. In: *Die Arbeit. Politische Zeitschrift. Zentralorgan der österreichischen Arbeitgeber* 1130 (12. Juni 1910) 4. Die „Sorge“ der Gewerbetreibenden war unbegründet, es kam am Vorabend des Ersten Weltkrieges zu keinen wesentlichen arbeitsrechtlichen Neuerungen.

97 Vgl. Das Kleingewerbe und seine Zukunft. In: *Die Landpresse* 4 (22. Jänner 1871) 1.

„Mittelstands“-Idee sollten also die wirtschaftlichen Interessen traditioneller Selbstständiger organisiert werden. Das Gewerbe (inklusive des Handwerks) bildete die zentrale Trägerschicht der „Mittelstands“-Idee.<sup>98</sup>

Die „Mittelstands“-Idee institutionalisierte sich maßgeblich in Form von gewerblicher Interessenspolitik. Ihre Vertreter\*innen agierten in einem Netzwerk, das über Staatsgrenzen hinausreichte. Am vierten allgemeinen österreichischen Gewerbetag am 6., 7. und 8. September 1890 nahmen zahlreiche Vertreter von gewerblichen Vereinen und Genossenschaften aus vielen Städten und Gemeinden Niederösterreichs teil. Es richteten aber auch internationale Vereinigungen, etwa aus Belgien, Frankreich und den USA, Grußbotschaften an den Gewerbetag, so auch die deutschen Innungsverände:

„Frischer Muth wurde uns in dem Streite, in welchem auch wir uns um die Erringung unseres Handwerkerrechtes befinden, durch die Gewißheit eingeflößt, daß österreichische Handwerkscollegen mit unseren Zielen sich einig wissen, den deutschen Handwerkerstand, als den Kern des bürgerlichen Mittelstandes und die sicherste Stütze eines wohlgefügteten Staatsganzen, zur würdigen Geltung in der Oeffentlichkeit und zu erneuter Blüthe zu bringen!“<sup>99</sup>

Der Katholische Volksbund für Österreich veranstaltete in Wien vom 5. bis 10. September 1911 die „Soziale Woche“, einen sozialwissenschaftlichen „Kursus“. Zahlreiche Vortragende aus der Habsburgermonarchie, aber auch aus Deutschland erörterten soziale und politische Themen. Unter ihnen befand sich der bayerische konservative Landtagsabgeordnete und spätere Bürgermeister von München, Karl Scharnagl. In seinem Vortrag *Der gewerbliche Mittelstand* plädierte Scharnagl für die Organisation der mittelständischen gewerblichen Interessen, für die Förderung des Standesbewusstseins und für Gewerbeförderung durch den Staat. Er warnte davor, dass die gut organisierte Arbeiterschaft der mittelständischen Wirtschaft Schaden werde, wenn diese nicht Maßnahmen ergreife.<sup>100</sup>

### Der „neue Mittelstand“ von Beamten und Angestellten

Die sich wandelnde sozioökonomische Landschaft ließ in Hinblick auf eine erfolgreiche Mittelstandspolitik die Integration der unselbständig tätigen Bürgerlichen,

98 Vgl. Stefan EMINGER, *Das Gewerbe in Österreich 1930–1938. Organisationsformen, Interessenspolitik und politische Mobilität* (Innsbruck, Wien, Bozen 2005) 15–19.

99 Bericht über die Verhandlungen des IV. allgemeinen österreichischen Gewerbetages abgehalten in Wien am 6., 7. u. 8. September 1890. Hrsg. Einberufungs-Comité des IV. allgemeinen österreichischen Gewerbetages (Wien 1890) 31.

100 Vgl. *Die Soziale Woche*. Hrsg. Zentralstelle des katholischen Volksbundes (Wien 1911); Karl SCHARNAGL, *Der gewerbliche Mittelstand*. Vortrag, gehalten bei der „Sozialen Woche“ 5.–10. Sept. 1911 in Wien = *Soziale Studien* 4 (Wien 1912).



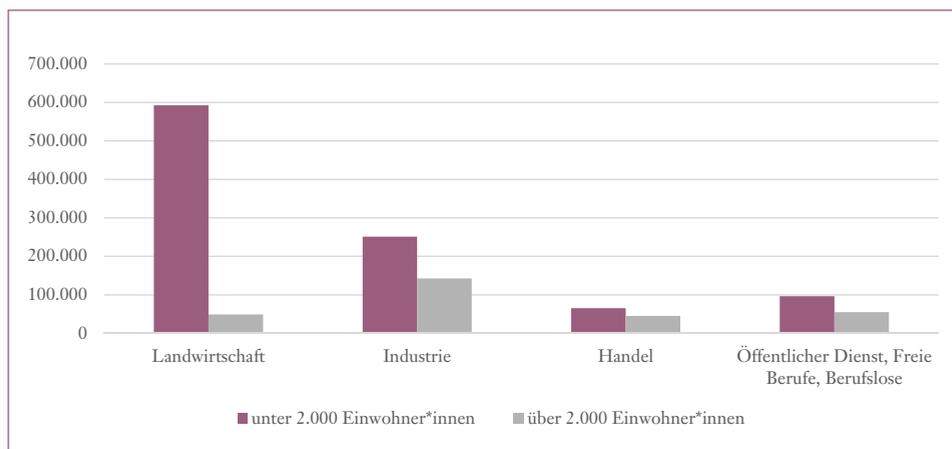
Abbildung 3: Handwerker und Gewerbetreibende bildeten die traditionelle bürgerliche Mitte, die im 19. Jahrhundert durch die Industrialisierung unter Druck geriet. Dies jedoch nicht zwangsläufig. Das Fleisergewerbe profitierte beispielsweise vom Wiener Neustädter Bevölkerungswachstum. 1887 kaufte Johann Zimmermann (1867–1926), Sohn des Fleischselchers Anton Zimmermann, das Geschäft Bahngasse 12 von Karoline Schlieff, der Witwe von Georg Schlieff (1829–1877), in dessen Besitz das Haus Bahngasse 12 war. In den Volkszählungsdaten von 1870 ist ersichtlich, dass neben dem Ehepaar Schlieff und seinen zwei Kindern auch eine Haushaltshilfe, ein Kindermädchen, eine Dienstmagd und vier Selchergehilfen zum Haushalt gehörten. Das Vorhandensein von Arbeitskräften und Dienstpersonal kann als Indikator für den wirtschaftlichen Erfolg Schlieffs gelten. Geschäftsportal des Fleischselchers Johann Zimmermann, Bahngasse 12, Wiener Neustadt, um 1900, Stadtarchiv Wiener Neustadt, Fotosammlung, 43.309.

der Beamten und Angestellten, zunehmend geboten erscheinen. Denn diese stellten schließlich jenen Teil des „Mittelstandes“ dar, der nicht in der Defensive war, sondern am Puls der Moderne. Anfang des 20. Jahrhunderts war bereits sichtbar, dass es sich um ein wachsendes Segment der Erwerbstätigen handelte. Zu einer wirklich relevanten Bevölkerungsgruppe entwickelten sich die angestellten Mittelschichten allerdings erst in der Zwischenkriegszeit. Zwischen 1910 und 1939 erhöhte sich der Anteil der Angestellten und Beamten an der Gesamtzahl der Berufstätigen in Österreich von sieben auf 16,5 Prozent.<sup>101</sup>

101 Gerhard Borz, Angestellte zwischen Ständegesellschaft, Revolution und Faschismus. Zur Entwicklung des Begriffs und des Organisationsverhaltens von angestellten Mittelschichten in Österreich

Laut Berufsstatistik von 1910 wies Wien den weitaus größten Anteil an Angestellten auf, nämlich 140.633 gegenüber 30.120 in Niederösterreich. Die niederösterreichischen Bezirke mit den höchsten Angestellten-Anteilen waren Mödling (Stadt und Land) mit 2.859, Wiener Neustadt (Stadt- und Landbezirk) mit 2.463 und Baden mit 2.416. Bei der Zahl der Selbstständigen lag Wien hingegen nur geringfügig vor Niederösterreich (350.318 gegenüber 305.047).<sup>102</sup> Hier zeigte sich wieder das Gefälle zwischen Stadt und flachem Land: Angestelltenpositionen fanden sich in Wien in weitaus größerer Zahl, Niederösterreich wies dagegen dank der hohen Bedeutung der Landwirtschaft eine große Zahl an Selbstständigen auf: 118.596 Selbstständige in der Berufsgruppe Land- und Forstwirtschaft entfielen auf Niederösterreich ohne Wien, lediglich 2.328 auf Wien.<sup>103</sup>

Grafik 4: Angestellte nach Berufsklassen, Niederösterreich (inkl. Wien) 1910



Quelle: Berufsstatistik nach den Ergebnissen der Volkszählung vom 31. Dezember 1910 in Österreich, Heft 2: Niederösterreich = Österreichische Statistik NF 3/2 (Wien 1914) 6–9.

Der „neue Mittelstand“ war ein Produkt wirtschaftlicher Veränderungen und gesellschaftlichen Umbruchs, das einen erhöhten Bedarf an bürokratischen und administrativen Tätigkeiten im Rahmen der Organisation der Produktion bzw. öffentlicher Aufgaben mit sich brachte. Zwar erzielten höhere Angestellte durch-

(1890 bis 1933). In: Angestellte im europäischen Vergleich. Die Herausbildung angestellter Mittelschichten seit dem späten 19. Jahrhundert = Geschichte und Gesellschaft, Sonderheft 7 (Göttingen 1981) 196–239, hier 202.

102 Hinsichtlich der Arbeiter\*innen wiesen die Ergebnisse der Berufsstatistik 1910 für Wien 529.294 Arbeiter\*innen gegenüber 290.959 in Niederösterreich aus; vgl. Berufsstatistik nach den Ergebnissen der Volkszählung vom 31. Dezember 1910 in Österreich, Heft 2: Niederösterreich = Österreichische Statistik NF 3/2 (Wien 1914) 10.

103 Vgl. ebd., 6.

schnittlich eher Einkommen, die einem bürgerlichen Lebensstandard entsprachen, als kleine Selbstständige, doch der „geistige Mittelstand“ umfasste, wie das *Badener Bezirks-Blatt* betonte, auch von der „Proletarisierung“ bedrohte Existenzen. Betroffen davon seien die Beamten der unteren Klassen, Selbstständige wie Journalisten, Künstler und kleine Angestellte in der Privatwirtschaft. Dieser „geistige Mittelstand“ befinde sich in derselben prekären Lage wie Handwerk und Handelsstand und bedürfe des Schutzes des Staates.<sup>104</sup>

Um die Jahrhundertwende begann die Organisation der Beamten und Angestellten in Gewerkschaften und Interessensverbänden. Ein Teil der Angestelltenverbände trat der sozialistischen Gewerkschaftsorganisation bei, andere grenzten sich demonstrativ davon ab. Im Ersten Weltkrieg verstärkte sich die Zusammenarbeit zwischen organisierter Arbeiterschaft und Angestellten.<sup>105</sup> Diese teilten mit der Arbeiterschaft die unselbstständige Tätigkeit. Jene Angestellten, die auch im industriellen Arbeitsumfeld tätig waren, hatten mehr Interessen mit der Arbeiterschaft gemeinsam als mit Selbstständigen oder Beamten. Die leitenden Prinzipien der Arbeiterbewegung und deren Vorgehensweisen waren für sie durchaus attraktiv: Im Juni 1918 wandte sich die Hauptstelle industrieller Arbeitgeber-Organisationen an das Ministerratspräsidium, um vor der Agitation der Gewerkschaft zu warnen, die auch im Bereich der kaufmännischen und technischen Angestellten Fuß fasste.<sup>106</sup>

Die weltanschaulichen Aspekte der „Mittelstands“-Idee waren aber letztlich nicht nur auf der Ebene der Interessensverbände wirksam, sondern konnten vor allem politisch in das christlichsoziale und deutschnationale Lager gut integriert werden. Beide teilten den weltanschaulichen Kern der Idee, dass der „Mittelstand“ ein stabilisierendes Element in einer zunehmend von Extremen geprägten Gesellschaft sei. Das *Amstettner Wochenblatt* berichtete im Jahr 1910 über die Rede des deutschnationalen Reichsratsabgeordneten Heinrich Wastian beim Handwerkertag im steirischen Mürzzuschlag. Wastian betonte die Wichtigkeit eines starken Handwerkerstandes, da es „nichts volkswirtschaftlich Schädlicheres gibt als den schroffen Gegensatz zwischen dem Großkapital und dem proletarischen Elend“. Er warnte außerdem in einer für den völkischen Nationalismus charakteristischen Wendung davor, den „Nachwuchs aus fremden Völkern“ zu rekrutieren, seien doch der Mittelstand, die Bauern und Arbeiter die „Grundsäulen“ des „Volkskörpers“. Der Artikel schloss mit den Worten: „Heil dem deutschen Handwerkstande aus sozialen, kulturellen und nationalen Gründen!“<sup>107</sup> Auch wenn die soziale Existenz des Handwerkers

---

104 Vgl. Das Banner des Fortschritts. In: *Badener Bezirks-Blatt* 109 (12. September 1893) 1.

105 Botz, *Angestellte*, 215–223.

106 Vgl. Österreichisches Staatsarchiv, Kriegsarchiv, Ministerium für Landesverteidigung, Sonderreihe, Kt. 316, BK Nr. 1162, Hauptstelle Industrieller Arbeitgeber-Organisationen: Beschwerde gegen Arbeiterbewegung.

107 Vgl. Die Handwerkspolitik – eine Sache der Allgemeinheit. In: *Amstettner Wochenblatt* 27 (3. Juli 1910) 1.



Abbildung 4: Die Industrie hatte zunehmenden Bedarf an kaufmännisch wie technisch gebildeten Angestellten, so auch die Daimler-Werke.

Konstruktionsbüro der Daimler-Werke in Wiener Neustadt, Stadtarchiv Wiener Neustadt, Fotosammlung, 91.826.

eine hohe Relevanz als typisches bürgerliches Subjekt in den Diskursen einnahm, erweiterte sich allmählich die Zielgruppe.<sup>108</sup> Gegen die Vorstellung von der selbstständigen bürgerlichen Existenz im Gewerbe als alleiniger Adressatin der „Mittelstands“-Idee wehrte sich im Jahr 1912 ein konservativer Autor, der in der *Mödlinger Zeitung* auch Beamte, Freie Berufe und Facharbeiter als Adressaten der „christlich-sozialen Mittelstandspolitik“ hervorhob.<sup>109</sup>

Die Parteiideologien zogen eine deutlichere und praktikablere Grenze zwischen Innen und Außen bzw. Anhänger\*innen und Gegner\*innen. Deutlicher deshalb, weil sie nicht vorrangig auf sozioökonomische Aspekte abzielten und diese mit dem gesellschaftlichen Zustand verknüpften. Vielmehr zielten sie mit Blick auf die rassistisch sowie christlich-traditional begründeten Ideologien ihrer Partei in der Frage der Zugehörigkeit bzw. Nicht-Zugehörigkeit auf eine basalere Ebene. Am deutlichsten traf das auf die rassistische Logik zu, die sich in Antisemitismus bzw. völkischem Deutschnationalismus ausdrückte: Entweder man war Teil des Volkes oder nicht, unabhängig von Selbstzuordnung und Verhalten.<sup>110</sup> Ein wesentliches Prinzip der „Mittelstands“-Idee war die Sicherung der bürgerlichen Positionen und deren Machtbasis, sodass ihr rassistisch und kulturell begründete Abgrenzungsmechanismen vielfach gelegen kamen. Die (politische) Gruppenidentität konnte auf diese Weise zumindest theoretisch ohne die Thematisierung der sozioökonomischen Lage verschiedener bürgerlicher Schichten auskommen: Diese war sehr heterogen, sowohl in Bezug auf Einkommensverhältnisse als auch Erwerbsarten. Zudem fanden sich Bürgerliche nicht in einer derart marginalisierten sozialen Lage wie Teile der Arbeiterschaft. Die Perspektive einer revolutionären Umwälzung der Verhältnisse stieß daher auf wenig Sympathie. Wer aber die ökonomische und soziale Ordnung nicht grundlegend verändern wollte, wie dies auf christlichsoziale und deutschnationale Parteien zutraf, dem kam die „Mittelstands“-Idee gelegen, um verschiedene Bürgerliche wie Gewerbetreibende, Handwerker, Beamte und Angestellte als Anhängerschaft zu mobilisieren.

Die hinsichtlich der ökonomischen Ziele des „Mittelstandes“ – stärkere soziale Absicherung und größere Verteilungsgerechtigkeit – grundsätzlich plausible Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie war angesichts der vorrangigen Sicherung der eigenen sozialen Stellung und Existenzbasis keine überzeugende Option – dies insbesondere nach dem Ersten Weltkrieg, der breiten bürgerlichen Schichten vielfach die ökonomische Basis gekostet hatte, da viele ihr Vermögen und, insbesondere im Fall von Beamten, auch den Arbeitsplatz verloren. Die sozialdemokratische Wie-

---

108 Vgl. Walter PEISSL, Das „bessere“ Proletariat. Angestellte im 20. Jahrhundert = Studien zur Gesellschafts- und Kulturgeschichte 4 (Wien 1994) 67–70.

109 Vgl. Freisinn und Mittelstand. In: *Mödlinger Zeitung* 11 (17. März 1912) 2.

110 Vgl. Bernhard GIESEN, Kollektive Identität. Die Intellektuellen und die Nation, Bd. 2 (Frankfurt am Main 1999) 24–53.

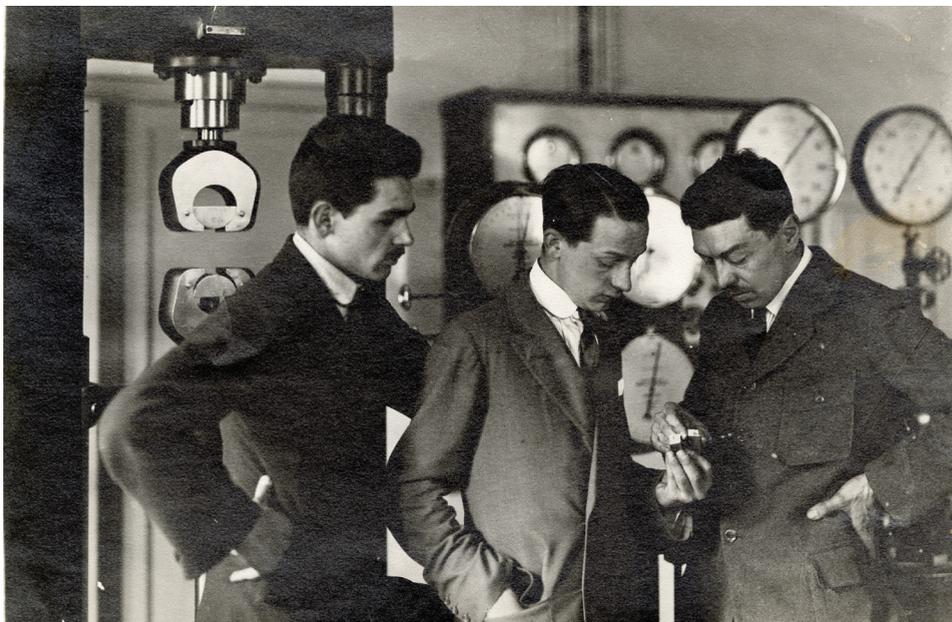


Abbildung 5: Obwohl sie als unselbstständig Beschäftigte durchaus gemeinsame Interessen mit der Arbeiterschaft hatten, fühlten sich Angestellte letztlich mehrheitlich dem Bürgertum zugehörig. Angestellte der Daimler-Werke in Wiener Neustadt, um 1918, von links nach rechts: Ing. Siegfried Lucius, Karl Wudy und Josef Reidinger waren im Versuchsbau und Materialprüfung tätig, Josef Reidinger war der Werkmeister, Stadtarchiv Wiener Neustadt, Fotosammlung, 91.847.

ner Neustädter Zeitung *Gleichheit* warf 1919 in einem Kommentar die naheliegende Frage nach der Zukunft der neuen Schicht von Beamten und Angestellten auf und konstatierte, diese identifiziere sich mit dem Bürgertum und schaue einer düsteren Zukunft entgegen. Es drohe die Verelendung.<sup>111</sup> Auch wenn es sich insbesondere bei den Angestellten um jenen Teil des Mittelstandes handelte, der ein Produkt der wirtschaftlich-sozialen Veränderungen war, spielte das berufliche Umfeld eine weniger zentrale Rolle für deren Selbstverständnis als bürgerlich-mittelständische Werthaltungen und hier nicht zuletzt der bürgerliche Lebensstil. Soziokulturelle Aspekte erwiesen sich als die stärkste Grundlage, als das wesentliche normative Prinzip auch der „neuen mittelständischen“ Identität. Einer schichtübergreifenden Solidarisierung auf Basis geteilter oder vergleichbarer beruflicher Erfahrungen und Interessen trat dies entgegen. Aus der Sicht des Finanzbeamten Karl Wilhelm Fritsch schwächte dies das Eintreten für die ökonomischen Interessen der bürgerlichen „Mitte“. Er kritisierte, dass die Aufmerksamkeit vieler Vertreter der gebildeten Mittelschicht bis in den Ersten Weltkrieg hinein zu sehr auf der Pflege der gefühlten sozialen Über-

111 Vgl. Die Sozialdemokratie und der „neue Mittelstand“. In: *Gleichheit* 17 (4. März 1919) 1.

legenheit durch Bildung und berufliche Position und zu wenig auf der Durchsetzung der ökonomischen Interessen lag: „Die soziale Rolle, die Möglichkeit durch Rang oder Titel anderen und sich selbst etwas vorzutauschen, entschädigte ihn [den Angehörigen der bürgerlichen ‚Intelligenz‘] für Entbehrungen.“<sup>112</sup> Wenn Angehörige des „neuen Mittelstandes“ sich um die Durchsetzung ihrer ökonomischen Interessen bemühten, griffen sie gerne auf soziokulturelle Argumente zurück. In den *Steinfelder Nachrichten*, der Zeitschrift der Munitionsfabrik Wöllersdorf, verwies der Verfasser eines Leserbriefes auf sozialen Rang, Titel und Stellung, um zu argumentieren, warum das als Schreiber beschäftigte Personal eine höhere Entlohnung als die Arbeiterschaft bekommen musste:

„Das Schreiberpersonal setzt sich zum großen Teil aus intelligenten Leuten zusammen, wie zum Beispiel Kaufleute, Beamte, Fabrikanten, selbstständige Gewerbetreibende etc. Dieselben haben in der Regel eine bessere Erziehung genossen, haben mehr Schulen besucht und sich im praktischen Leben nicht selten zu hervorragenden Stellungen emporgearbeitet; [...] Vice versa fordert auch das Leben von diesen Leuten mehr als vom Arbeiter selbst. Während dieser in seiner Arbeitsbluse oder der ihm vom Ärar gratis beigestellten Arbeitsmontur die Werkstätte verlässt, sich mit der Kost in den Arbeiterküchen oder mit Wein und Wurst in der Fabrikskantine und seinem Lager in der Baracke begnügt, ist die intelligente Kanzleikraft aus vorerwähnten Gründen an eine ganz andere Lebensführung gebunden.“<sup>113</sup>

Der Anspruch des Schreiberpersonals auf gehobene bzw. der Arbeiterschaft auf lediglich bescheidene Lebensführung erschien vorrangig als das Ergebnis von Anlagen („intelligent“) und individuellem Verhalten („emporgearbeitet“, „begnügt sich“), wurde also im Rahmen einer sozial mobiler gewordenen Gesellschaft an kulturelles Kapital und persönliche Eigenschaften gebunden. Die bürgerliche Sozialisation des Schreibpersonals diente somit als Argument, die Verteilung der ökonomischen Mittel zugunsten „mittelständischer“ Schichten zu beeinflussen.

## Conclusio

Die „Mittelstands“-Idee war kein Ausdruck des Verharrens in der Vergangenheit, sondern ein Bewältigungsmodus, der die Erhaltung der sozialen Position bürgerlicher Schichten unter modernen Vorzeichen möglich machen sollte. Sie spiegelt die Interessens- und Identitätspolitik mittlerer Schichten wider, die tatsächlich ins Hinter-

---

112 Karl Wilhelm FRITSCH, Der Mittelstand im Kriege. In: Wiener Illustrierte Zeitung 28 (23. März 1919) 458.

113 Stimmen aus dem Publikum (Ohne Verantwortung der Redaktion). Betrachtungen zur Lage der Zivilschreiber in militärischen Betrieben. In: Steinfelder Nachrichten (27. September 1918) 8 f.

treffen geraten waren oder befürchteten, ins Hintertreffen zu geraten. Die Untersuchungen Michael Pammers zeigen, dass sich das Vermögen der österreichischen Reichshälfte vom Vormärz bis 1914 zwar verdoppelt hatte, die Verteilung aber nicht gleichmäßig verlief und vermögende Kreise stärker vom Wachstum profitierten.<sup>114</sup>

Konfrontiert mit dem Einfluss der ökonomischen Elite und den Forderungen der organisierten Arbeiterschaft nach Gleichstellung, definierten diese Gruppierung und ihre Impulsgeber den „Mittelstand“ als Grundlage der Gesellschaft, indem sie dessen Existenz und Wohlergehen als Voraussetzung für die Existenz einer „gesunden“ Gesellschaft bewerteten. Die „Mittelstands“-Idee institutionalisierte sich insbesondere in Form von wirtschaftlichen Interessensvertretungen für Gewerbe und Angestellte. Die Fokussierung auf die Analyse und Thematisierung der strukturellen sozioökonomischen Folgen der Moderne, die im ausgehenden 19. Jahrhundert den Diskurs prägten, nahm im beginnenden 20. Jahrhundert unter dem Einfluss parteipolitischer Ideologien ab. Kulturelle und ethnische Codes, die stattdessen den Blick auf „Schuldige“ bzw. „Gegner“ lenkten, erlangten weitaus größere strategische Bedeutung bei der Beeinflussung der Ressourcenverteilung im Sinn des Bürgertums. „Standesbewusstsein“ in Form von Anspruch auf privilegierte Lebensführung sowie soziale Position bildeten den letztlich verlässlichsten normativen Rahmen für die Konstituierung der „mittelständischen“ bürgerlichen Identität. Im Wesentlichen nahm auch der „neue Mittelstand“ eine konservative, bewahrende Haltung ein und strebte Maßnahmen, die zu mehr Chancengleichheit für alle geführt hätten, nicht an – dies auch unter dem Einfluss des Ersten Weltkrieges, der die ökonomischen und sozialen Grundlagen für eine „standesgemäße“ bürgerliche Lebensführung beschädigt hatte. Langfristig boten die sozioökonomischen Entwicklungen dem „neuen Mittelstand“ jedoch gute Perspektiven: Der Bedarf an Angestellten wuchs stetig. Im 20. Jahrhundert verschwanden bürgerlicher Habitus und bürgerliche Schichten nicht, sondern waren einem Wandel unterworfen, welcher der Realität der aufkommenden Massengesellschaft Rechnung trug.<sup>115</sup>

**Sabine Schmitner**, Mag., Studium der Publizistik und Kommunikationswissenschaft sowie Geschichte, derzeit Fertigstellung der Dissertation „Krieg managen. Kriegsordnung und Widerstand im Ersten Weltkrieg am Beispiel des Rüstungszentrums Wiener Neustadt“; seit 2005 Archivarin im Stadtarchiv Wiener Neustadt. Ausstellungsprojekte, z. B. „Aus den Trümmern“, „Für Kaiser und Vaterland? Wiener Neustadt im Ersten Weltkrieg“, „Der alte Schlachthof“; Vortragstätigkeit; diverse Publikationen zu stadthistorischen und regionalhistorischen Themen. Forschungsschwerpunkte: Stadtgeschichte, Wirtschafts- und Sozialgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Erster Weltkrieg, Schwarzmarkt im Grenzraum Wiener Neustadt – Ungarn/Burgenland.

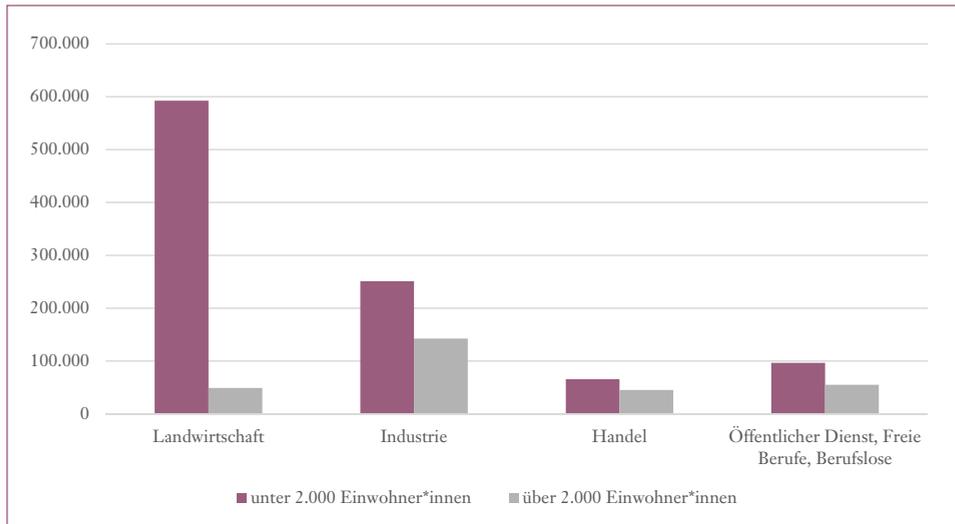
<sup>114</sup> Vgl. PAMMER, Ungleichheit, 273 f.

<sup>115</sup> Vgl. Marcus GRÄSER, Stabile Bindungen. Bürgertum und Wohlfahrtsstaat 1914–1945. In: HETTLING u. POHLE, Bürgertum, 237–261.

## Errata

S. 157

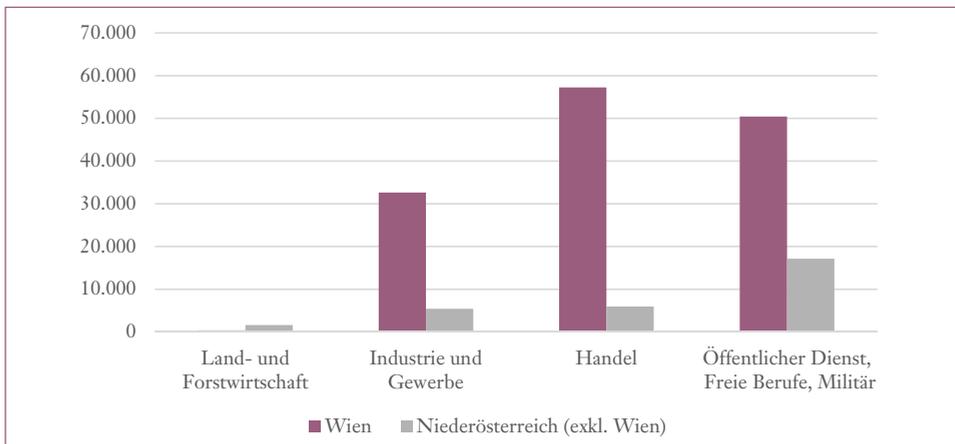
Grafik 1: Berufsgliederung in Niederösterreich ohne Wien nach Einwohnerzahlen 1890



Quelle: Berufsstatistik nach den Ergebnissen der Volkszählung vom 31. December 1890 in den im Reichsrathe vertretenen Königreichen und Ländern, Heft 2: Niederösterreich = Österreichische Statistik 33/2 (Wien 1894) 152 f.

S. 176

Grafik 4: Angestellte nach Berufsklassen, Wien und Niederösterreich (exkl. Wien) 1910



Quelle: Berufsstatistik nach den Ergebnissen der Volkszählung vom 31. December 1910 in Österreich, Heft 2: Niederösterreich = Österreichische Statistik NF 3/2 (Wien 1914) 6–9.